Nazibanden in der Bundesrepublik: Der Schoß ist fruchtbar noch... Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 16 vom 21. April 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Fernsehen, Presse und IGM-Bonzen schweigen es tot

Seit zwei Wochen täglich Streiks bei VW

„Streik droht bei VW" — meldete am Freitag letzter Woche die Presse. Man liest es und traut seinen Augen nicht. Seit zwei Wochen wird im VW-Werk Wolfsburg mit seinen 55.000 Beschäftigten gestreikt — und dann so eine Nachricht! Haben die Journalisten von diesem Arbeitskampf nichts erfahren? Natürlich haben sie. Aber sie schweigen ihn systematisch tot. Sogar in der VW-Stadt Wolfsburg selbst. Tausende VW-Arbeiter marschieren. In den „Wolfsburger Nachrichten" aber keine Zeile! Empörte Wolfsburger haben sich mit Leserbriefen beschwert. Sie wanderten in den Papierkorb. Kommentar der VW-Arbeiter zu dieser Pressezensur: „Das ist alles oben abgesprochen. Das ist ein abgekartetes Spiel!"

In der Tat. Die VW-Bosse fürchten die Solidarität mit dem Kampf der VW-Kollegen. Und die Tintenkulis in den Redaktionsstuben von „Bild" bis „UZ" gehorchen. Ein Grund mehr für uns, ausführlich zu berichten. Der „Rote Morgen" sprach mit einer Kollegin von VW in Wolfsburg.

Am Dienstag ging's wieder los

RM: Ihr habt bereits am Mittwoch, Donnerstag und Freitag vorletzter Woche gestreikt. Wie ging's in dieser Woche weiter?

Brigitte: Am Montag war bei den Kollegen Streikstimmung. Aber sie wurden von den Vertrauensleuten mit dem Argument hingehalten, daß sich VW ja mit der IGM wieder in Salzgitter zusammengesetzt hätte. Man solle abwarten. **Aber Dienstag ging's dann wieder los.** In Salzgitter streikten 2.000 Kollegen der Frühschicht vier Stunden lang. In Braunschweig versammelten sich mehrere hundert Arbeiter zu einer Versammlung. Bei uns begann die Spätschicht der Halle 12. Um 15.30 Uhr sammelten wir uns und formierten uns vor der Kantine. Es ging an den Bändern entlang, um auch die anderen mitzuziehen. Wir waren ungefähr 1.000. Es waren diesmal auch Mädchen dabei, die sonst nicht mitmachten. Aber sie sagten jetzt: „So was kommt nicht alle Tage vor bei VW, da müssen wir mit dabeigewesen sein", und reihten sich ein. Als wir in den Rohbau zogen, standen die Kumpels schon bereit. Sie hatten von weitem unsere Sprechchöre gehört — „Anschließen! — Fünf Prozent sind ein Hohn! Wir wollen acht Prozent mehr Lohn!" — und sich in Gruppen gesammelt. Die Kollegen standen in den kleinen Gängen zwischen den Maschinen. Wir waren auf dem großen Gang am Rand der Halle. Dahin hatten den Zug ein, zwei Werkschützer gelenkt, die sich an die Spitze gesetzt hatten. Zwischen uns und den Kollegen vom Rohbau hatten sich Meister, Vorarbeiter, Hallenleiter formiert — bereit, jeden, der zu uns hinlaufen würde, aufzuschreiben. Wir überlegten, was zu tun war. Da gaben uns die Kollegen vom Rohbau ein Zeichen: Wir sollten durch die Maschinengänge zu ihnen kommen. **Und dann ging's ganz schnell. Vorne, die erste Reihe hakte sich ein — und durch! Meister und Schlipsleute haben versucht, uns aufzuhalten, aber wir sind durch. So konnten sich die Kollegen vom Rohbau auch einreihen.** Jetzt waren wir 2.000. Wir sind dann noch durch andere Hallen.

Fortsetzung auf Seite 3



Ca. 2.000 VW-Arbeiter des Werkes Salzgitter streikten am Dienstag, den 11. April. Hier beim Marsch zum Werkstor.

Gericht entscheidet: NPD ist verfassungstreu

Bonn will Faschisten im Staatsdienst

Ein empörendes Urteil hat der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof gefällt: Neonazis der NPD darf wegen ihrer Parteizugehörigkeit nicht der Zugang zum Staatsdienst verwehrt werden. Denn die NPD — so das Urteil — ist nicht verfassungswidrig. Es ging um die Einstellung zweier Neonazis in Lehrämter. Einen von ihnen hatte sogar der Senat einer Fachhochschule zur Einstellung abgelehnt, weil er „kritiklos die Verhältnisse im Dritten Reich verharmlost, beschönigt, wenn nicht gar verherrlicht".

Das Urteil des VGH bedeutet: freie Bahn für solche Hitler-Verehrer, für das faschistische Gesindel in den Staatsdienst. Für Angehörige von „linken Gruppierungen" aber, heißt es im Urteil weiter, soll der Öffentliche Dienst auch künftig verschlossen bleiben. Denn sie seien nicht verfassungstreu.

Deutlicher kann man es kaum sagen, was es mit der Verfassung dieses Bonner Staates auf sich hat: Sie ist vereinbar mit den terroristischen Aktivitäten, mit der faschistischen Mordhetze der Neonazis. Wenn jetzt diese Leute auch durch höchstrichterliche Entscheidung gefördert werden, dann ist das ein weiterer Schritt hin auf ein neues 33.



Göttingen, 15. 4.: Ein riesiges Polizeiaufgebot schützt eine NPD-Kundgebung gegen empörte Antifaschisten. Siehe auch den Bericht Seite 6.

Bundeswehr-Bombe auf Bauernhof

„Das ganze Haus hätte abbrennen können! Da hätten Leute bei umkommen können!". Das sagte eine Bäuerin aus einem Dorf in der Nähe des Truppenübungsplatzes Putlos/Schleswig-Holstein zu Genossen unserer Partei. Sie sprach über einen unglaublichen Vorfall, der sich auf dem Hof des Bauern Schröder ereignet hatte.

Im Tiefflug war ein Jagdflieger vom Typ Fiat 691 über die Dörfer gerast. Sein Ziel: der Übungsplatz Putlos. An Bord: sogenannte Übungsbomben, bestehend aus einem explosiven Gemisch. Und direkt über dem Schröder-Hof passierte es: Eine Bombe klinkte aus und schlug in ein Weizenfeld ein. Das Gemisch entzündete sich und setzte das Feld in Brand. Ein Teil der brennenden Flüssigkeit spritzte bis in einen Feuerlöschteich.

Und dieser Bombenabwurf war kein Einzelfall. Wie man hören konnte, ist es schon öfter vorgekommen, daß solche Bomben ihr Ziel, den Übungsplatz in Putlos, verfehlt haben, daß dadurch Menschenleben unmittelbar gefährdet waren. In den Dörfern um Putlos wächst die Empörung. Aber was tut die Bundeswehr, um künftig solche Bombardements von Bauernhöfen zu vermeiden? Nichts. Die Herren in den norddeutschen Stäben, im Bonner Kriegsministerium haben nur ein Ziel: die ganze Sache zu vertuschen, herabzuspielen und die Spuren des Vorfalls zu beseitigen.

Und das sah dann so aus: Schon am Morgen nach dem Bombenabwurf rückte eine Einheit der Bundeswehr mit mehreren Lastwagen und einem Schaufelbagger an. Nicht nur der Feuerlöschteich wurde vollständig ausgepumpt, mit dem Bagger wurde auch noch der Grund des Teichs ausgekratzt. Die Bauern in Schleswig-Holstein haben ja ihre Erfahrungen, wie es beispielsweise mit Verwüstungen durch Manöverschäden ist. Da müssen endlose Verhandlungen geführt werden, und man kann froh sein, wenn sich die Bundeswehr nach langer Zeit überhaupt rührt. Eine solche Eile, ein solcher Aufwand aber wie jetzt, das hat es noch nie gegeben.

Natürlich wird da mancher mißtrauisch und fragt sich, was die Herren wohl zu verbergen haben, wenn sie auch noch die letzten Spuren ihrer „Übungsbomben" wegkratzen. Sollte etwa das Gemisch in dem Körper doch nicht so harmlos sein, wie es die Herren behaupten? Auf dem Truppenübungsplatz Bergen zum Beispiel — das wurde vor einiger Zeit bekannt — fliegt die Bundeswehr solche Übungseinsätze auch mit Napalmbomben.

AUS DEM INHALT

Dem „Gewissen" unterworfen!

Am 13. April beschloß der Bundestag mit den Stimmen der SPD und FDP Polizeistaatsgesetze, die eine weitere Verschärfung des staatlichen Terrors gegen die Werktätigen bedeuten. Polizeirazzien, Polizeikontrollen, Ausschluß von Verteidigern in politischen Prozessen, die Trennscheibe in Gefängnissen — dieses Gesetzespaket hat große Empörung bei allen Demokraten hervorgerufen.

Eine Gruppe von vier SPD-Abgeordneten hat in der ersten Abstimmung gegen diese sogenannten „Anti-Terror-Gesetze" gestimmt. Sie könnten diese Gesetze nicht „mit ihrem Gewissen vereinbaren"! Eine „aufrechte Haltung", tönte die DKP, und die Gruppe „Rote Fahne" ernannte sie gleich zu „Demokraten in der SPD". Wie es um das „Gewissen" dieser Abgeordneten bestellt ist, zeigte nun allerdings die zweite Abstimmung am 13. April: Alle vier Abgeordneten stimmten für die Gesetze.

Sie hatten natürlich eine „Entschuldigung" parat, diese „aufrechten Demokraten". Mit ihrer Ja-Stimme wollten sie verhindern, daß die CDU noch schärfere Gestze durchsetzen würde. So kann man es natürlich auch drehen. Nach dem Motto: Das Ja zu faschistischen Gesetzen ist ein Kampfschritt gegen den Faschismus. Schriftsteller Lattmann verstand es, dieser verabscheuungswürdigen Haltung auch noch poetische Töne abzugewinnen. Seine Entscheidung reiche „in die Substanz jedes denkbaren Gewissenskonfliktes, weil er sich um die Qualität unserer Demokratie" sorge.

Deutlicher kann man nicht demonstrieren, wie es um das „Gewissen" der Abgeordneten, dem laut Grundgesetz diese Herren allein unterworfen sind, bestellt ist. Ihr angebliches „Gewissen" schlägt für die Interessen der Bourgeoisie, und es schlägt jeweils so, wie es für das Kapital am angenehmsten ist.

Bonn sagt ja zur Neutronenbombe

Die Entscheidung Carters, um die Neutronenbombe mit den Sozialimperialisten zu pokern, hat unter den Bonner Parteien zu lebhaften Diskussionen geführt. Der Bundeskanzler hat sich nun in die Diskussion mit einer Regierungserklärung eingeschaltet, die deutlich macht, daß diese Regierung längst ihr Ja zur Stationierung dieser Massenmordwaffe gegeben hat.

Schmidt erklärte hier zum ersten Mal öffentlich, daß Bonn mit der Stationierung einverstanden ist! Um diesen volksfeindlichen Beschluß zu beschönigen, nannte er zwei Bedingungen: Der Beschluß zur Produktion müsse von allen NATO-Staaten gefaßt sein. Und die Stationierung dürfe nicht allein auf deutschem Boden erfolgen.

Dies ist allerdings nichts als Augenwischerei. Die Neutronenbomben sollen durch die „Lance"-Raketen und die „Honest-John"-Raketen abgefeuert werden (Reichweite bis 120 Kilometer). Und diese Raketen sind fast ausschließlich in der Bundesrepublik stationiert! Und die Taktik, den Beschluß von allen NATO-Staaten zu verlangen, dient zu nichts anderem, als, die „Verantwortung" dafür abzuschieben, daß vor allem Bonn diese Waffe anstrebt, daß der westdeutsche Imperialismus keineswegs davor zurückschreckt, Millionen von Menschen für seine kriegerischen Ambitionen in den Tod zu schicken.

Besonders entlarvend an dieser Regierungserklärung war, daß Schmidt bekannte, daß er bereits im Januar diesen Beschluß gefaßt und ihn den US-Imperialisten mitgeteilt hat.

Wer verweigert, wird bestraft

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Bis auf über 40.000 im Jahre 1976. Das Bundesverfassungsgericht urteilte messerscharf: „Hierin kommt eine wachsende Abneigung gegen den Wehrdienst zum Ausdruck", und bestimmte: Wer verweigert, wird bestraft.

Es erklärte die Wehrpflichtnovelle für verfassungswidrig und ebnete damit den Weg für die Wiedereinführung des verlogenen und entwürdigenden Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer.

Es erklärte eine Verlängerung des Zivildienstes von jetzt 18 auf 24 Monate für zulässig und bestimmte, daß den Zivildienstleistenden außer dem direkten Waffendienst „alle Pflichten und Belastungen, welche die Wehrdienstleistenden treffen", auferlegt werden können. Das aber bedeutet nichts anderes als grünes Licht aus Karlsruhe für die Durchführung der reaktionären Pläne des Zivildienstbeauftragten Ivens: Kasernierung der Zivildienstleistenden, heimatferne Einberufung, Einsatz in paramilitärischen Verbänden, Arbeitsdienst.

Dieses reaktionäre Urteil hat unter allen demokratisch gesinnten Jugendlichen große Empörung ausgelöst. Vor allem natürlich unter den direkt Betroffenen. Sie haben auf das Karlsruher Urteil sofort mit Aktionen geantwortet. Demonstrationen sind für die nächsten Tage angekündigt.

Die Rote Garde unterstützt diesen Kampf. Zwar sind wir als Kommunisten der Meinung, daß Wehrdienstverweigerung nicht der richtige Weg ist, um den Bonner Militarismus zu bekämpfen. „Wer die Bundeswehr bekämpfen will, muß in der Bundeswehr kämpfen" — lautet eine Parole der Roten Garde. Aber das Karlsruher Urteil ist ein Angriff auf die demokratischen Rechte der Jugend. Und das darf nicht widerstandslos hingenommen werden!

Keine Teilnahme am Regierungsmai!

In der letzten Woche veröffentlichte die DGB-Führung ihren Mai-Aufruf. Zentrales Thema ist auch in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit. Scheinradikal wird getönt: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert: Das Recht auf Arbeit verwirklichen!" Nun, fordern kann man viel. Aber was hat der DGB-Apparat in den letzten Jahren angesichts eines ständigen Arbeitslosenheeres von über einer Million Werktätigen getan?

Nehmen wir den Kampf der Druckereikollegen. Monatelang haben die Druckereiarbeiter gegen die Vernichtung von Zigtausenden Arbeitsplätzen gekämpft. Die IG-Drupa-Bonzen fielen ihnen in den Rücken. Der Vertrag, auf den sie sich schließlich mit den Unternehmern einigten und den sie den Kollegen aufzwangen, öffnet dem Rationalisierungsterror Tür und Tor. **Und das bedeutet: Die Gewerkschaftsbonzen sind mitverantwortlich für die in den nächsten Jahren bevorstehende Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Druckereiindustrie.** Haben die Druckereikollegen in den Augen der DGB-Bonzen kein Recht auf Arbeit?

Sie sind ja selbst Kapitalisten. Und führen ihre aus unseren Mitgliedsbeiträgen aufgebauten „gewerkschaftseigenen Betriebe" nach den gleichen Grundsätzen wie die anderen Kapitalisten auch. Und der oberste Grundsatz heißt: Es muß maximaler, höchster Profit erwirtschaftet werden. Rationalisierungsterror — Entlassungen, verschärfte Arbeitshetze und Reallohnabbau gehört dabei für die „Gewerkschaftsunternehmer" genauso zum bewährten Rezept wie für die anderen Kapitalisten auch. **Allein bei der gewerkschaftseigenen Co op Handels- und Produktions AG wurden in den letzten drei Jahren 2.000 Kollegen entlassen oder per Firmenverkauf an andere Unternehmer verschachert.** Das ist fast ein Drittel der Belegschaft!

Das sind die Taten des DGB-Apparats. In keinem einzigen Fall haben die DGB-Bonzen die Interessen der Werktätigen im Kampf gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit verteidigt. Wenn es zu Kämpfen kam, dann auf massiven Druck der Basis. Die DGB-Bonzen aber haben diese Kämpfe sabotiert und so den Entlassungen den Weg gebahnt bzw. die Entlassungen mit vorbereitet und durchgesetzt wie im Falle Co op. Und bei dieser arbeiterfeindlichen Politik wird es auch in Zukunft bleiben. Aber es geht dem DGB-Apparat nicht nur um die Durchsetzung der „tagespolitischen Interessen" der Unternehmer. Es geht den Gewerkschaftsführern um mehr. Nicht umsonst jammern sie gleich am Anfang ihres Maiaufrufes im Stil der Bonner Regierungsbonzen: Die Arbeitslosigkeit „stellt die Wirtschaftsordnung in Frage und nährt Zweifel am demokratischen Staatswesen". Das sind die Probleme der DGB-Bonzen am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse! Sie sind beunruhigt, weil Zweifel, ja Haß und Empörung über diesen kapitalistischen Staat wachsen. Und deshalb versuchen sie, die schwindenden Illusionen mit neuen Versprechungen und Lügen wieder zu schüren. Auch im Kapitalismus kann das Recht auf Arbeit verwirklicht werden, sagen sie, wenn die richtige Politik gemacht wird. In ihrem Mai-Aufruf heißt es: „Dieses Grundrecht kann nur durch Vollbeschäftigung gesichert werden. Das A und O jeder Wirtschaftspolitik muß lauten: Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Zerstörung von Arbeitsplätzen muß ein Ende haben."

Stimmt. Das ist die richtige Politik. Und eine solche Politik wird auch mit Sicherheit eines Tages in Deutschland gemacht werden. Aber das erreichen wir nicht mit noch mehr „Sozialpartnerschaft" und noch mehr Mitbestimmung, wie es uns die DGB-Bonzen empfehlen. Das erreichen wir überhaupt nicht in einem kapitalistischen Deutschland, sondern nur in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. Dann nämlich, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei die Herrschaft des Finanzkapitals gebrochen, den deutschen und ausländischen Kapitalisten ihre Werke, Fabriken, Banken usw. entrissen und in das Eigentum des Volkes überführt hat. **Dann, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist, wird es auch keine Arbeitslosigkeit mehr geben, werden die bestehenden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.** So wie es heute schon in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien der Fall ist. Kein einziger Albaner ist heute arbeitslos, und auch die albanische Jugend braucht sich keine Sorgen um ihre Arbeitsplätze zu machen. Allein im laufenden Fünfjahrplan werden 165.000 neue Arbeitsplätze geschaffen!

Im Sozialismus ist Vollbeschäftigung nicht nur möglich, sondern auch eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Im Kapitalismus aber wird sie immer ein leeres Versprechen der Arbeiterbetrüger vom DGB und der Bonzen in Bonn bleiben, mit dem sie die Werktätigen an den Kapitalismus fesseln wollen.

Deshalb sagt unsere Partei den Werktätigen: Wir dürfen uns im Kampf für die Durchsetzung unserer Interessen nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken. Wir müssen sie in Angriffskämpfe auf die Bastionen der Bourgeoisie verwandeln. Denn letztendlich wird erst durch ihren Sturz der Weg zu einem freien und glücklichen Leben für die Werktätigen frei.

Im Maiaufruf unserer Partei heißt es darum:

„Um jeden Groschen Lohn, um jeden Arbeitsplatz muß angesichts der brutalen Krisenangriffe der Unternehmer erbittert und konsequent gekämpft werden. Das bleibende Ergebnis dieser Kämpfe aber muß sein, daß die Arbeiterklasse ihre durch den Verrat der Gewerkschaftsführung, durch die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, durch Reformismus und Revisionismus, durch Agenturen der Kapitalisten wie die DKP/SEW hervorgerufene Spaltung überwindet und ihre revolutionäre, kämpferische Einheit schmiedet...

Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft alle Mitglieder und Freunde unserer Partei, alle klassenbewußten Arbeiter auf: Keine Teilnahme am Regierungsmai! Reiht euch ein in die Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO! Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!

Kurz berichtet

Weinheim

Die Betriebszelle Freudenberg gab jetzt ihre erste Betriebszeitung „Triebkraft" heraus. Die Zeitung greift in den Kampf um die Lohnerhöhungen ein und entlarvt das Manöver der Gewerkschaftsbonzen, mit dem ein Lohnraubabschluß durchgezogen werden soll. Weiter gibt



„Triebkraft" die Gründung einer RGO-Gruppe bei Freudenberg, die sich wenige Wochen vorher konstituiert hatte, bekannt.

Bremen

„Über Pfingsten findet der I. ordentliche Kongreß der Roten Garde statt. Eingeladen ist u. a. eine Delegation des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens (VJAA), die auch schon ihre Zusage gemacht hat. Schon einmal, zum III. Parteitag der KPD/ML, wurde einer albanischen Delegation die Einreise in die Bundesrepublik verweigert. Die Teilnehmer des Jugendtreffs der Roten Garde in Bremen am 9. 4. protestieren gegen diese Herabsetzung des albanischen Volkes und Staates durch die westdeutschen Behörden. Wir fordern die Einreisebewilligung für die albanischen Staatsbürger in die Bundesrepublik und rufen dazu auf, den Einreiseantrag zu unterstützen. Jugendtreff der RG in Bremen, 9. 4. 78." Diese Resolution wurde auf einem Jugendtreff unserer Bremer RG-Genossen einstimmig angenommen. Die Genossen berichteten weiter, daß sie Unterschriftenlisten hergestellt haben, in die sich jeder eintragen kann, der die Einreise der albanischen Genossen unterstützen will.

Hannover



„Alarmglocke" heißt die neue Zeitung der Roten Garde für das Unabhängige Jugendzentrum „Glocksee". Mit der Forderung „Nein zum Stadtvertrag!" greift sie in den Kampf gegen die Absicht der Stadt Hannover ein, die Glocksee durch einen Vertrag ihrer Kontrolle zu unterstellen. Dabei droht die Stadt ganz offen, wenn der Vertrag von den Jugendlichen nicht unterschrieben werde, werde das Jugendzentrum geschlossen. „Alarmglocke" ruft dazu auf, die Unterschrift zu verweigern und in den Kampf um die Selbstverwaltung der „Glocksee" einzutreten.

Wuppertal

Am 6. April lud die Ortsgruppe Wuppertal zu einem Diskussionsabend über die „Erfahrungen aus dem Druckerstreik" ein. Freunde und Genossen diskutierten angeregt über den Streik beim Wuppertaler „Generalanzeiger" und die Rolle des IG-Druck-Apparats. Anschließend erklärten sich einige Kollegen bereit, zur RGO-Demonstration am 1. Mai mitzufahren und für diese Demonstration unter ihren Kollegen zu werben.

Offen gesagt ...
GRF für Neutronenbombe

Man glaubt den „Bayernkurier" zu lesen, aber vorne auf dem Titel des Blättchens steht „Rote Fahne". Es ist das Organ der GRF, das in einem Artikel seiner letzten Ausgabe mit dem amerikanischen Präsidenten Carter ins Gericht geht. Aber nicht die Verbrechen dieses Wallstreet-Gangsters im Gewand des Menschenrechts-Apostels sind es, die in der „Roten Fahne"-Redaktion Erregung und Empörung auslösten. Nein, diese Leute zeigen sich bitter enttäuscht darüber, daß der Chef des Weißen Hauses seine Entscheidung über die Serienproduktion der Neutronenbombe vertagt hat.

„Carter ist — daran kann es keinen Zweifel geben — vor dem sowjetischen Druck zurückgewichen." So steht es in der „Roten Fahne". Und es steht noch mehr drin an solchen Sprüchen aus dem Wörterbuch eines Strauß. Beispielsweise, daß Carter durch sein angebliches Zurückweichen die „Interessen und Vereinbarungen mit den NATO-Partnern" opfern würde, weil er dem „Phantom einer globalen Zusammenarbeit mit der anderen Supermacht" nachjagt. Und so wie die Bonner Politiker, so wollen uns auch die Herren von der GRF diese Interessen der „NATO-Partner" als unsere eigenen verkaufen.

Hören wir, was sie zur Neutronenbombe zu sagen haben. Da heißt es etwa in einer Polemik gegen die DKP-Revisionisten, die in ihrer Propaganda einen Neutronenbomben-Einsatz gegen den Duisburger Hafen ausgemalt hatten: „Wovon gehen sie (die Revisionisten — RM) dann aus? Doch wohl davon, daß sowjetische Truppen den Duisburger Hafen besetzt halten. Welchen anderen Grund sollte denn der Einsatz dieser Bombe an diesem Ort sonst haben?" Ja, warum setzen denn die amerikanischen Imperialisten und ihre „Partner" ihre Mordwaffen ein? Nach der Ansicht der GRF-Führer gibt es dafür nur den einen Grund: die Verteidigung gegen den Sozialimperialismus. So wollen sie aus der Neutronenbombe eine Verteidigungswaffe machen, deren Einsatz letztendlich auch in unserem Interesse ist.

Aber was verteidigen denn die amerikanischen Imperialisten und ihre „NATO-Partner" mit den Mordwaffen in ihren Händen? Doch nichts anderes als ihre Raubinteressen. Dafür sind sie ebenso wie ihre russischen Konkurrenten bereit, die Welt in Brand zu setzen, Millionen Werktätige auf den Schlachtfeldern zu verheizen und ganze Landstriche zu vernichten. Und eben zum Anwalt dieser imperialistischen Interessen machen sich die GRF-Führer. Sie hetzen unverhohlen für die Kriegsvorbereitungen des aggressiven NATO-Blocks.

In ihrem „Rote Fahne"-Artikel fordern sie, daß „alle Vorbereitungen — politische, moralische und militärische — getroffen werden, um der riesigen sowjetischen, vor allem konventionellen Streitmacht entgegenzutreten". So verfahren diese Leute nach dem Motto: wenn schon die Neutronenbombe für die europäischen „NATO-Partner" auf sich warten läßt, dann soll wenigstens sonst kräftig aufgerüstet werden. Und was die moralischen Vorbereitungen betrifft, damit sind wohl die Herren von der GRF selbst angesprochen. Denn sie betreiben ja psychologische Kriegsführung im Dienst des NATO-Blocks, wenn sie dessen Vorbereitungen auf einen imperialistischen Weltkrieg umfälschen in Verteidigungsanstrengungen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



STREIK BEI VW!

Fortsetzung von Seite 1

Und öfters ist es uns auch gelungen, den Werkschutz abzuhängen, indem wir einfach schnell unsere Route geändert haben. Wir haben durchgehalten bis zum Feierabend.

Am Mittwoch bei der Spätschicht ging es weiter. An diesem Tag waren wir ungefähr 5.000. Der Streik dauerte von 18.30 Uhr bis Schichtende. **An diesem Tag machten die Vertrauensleute eine Umfrage an den Bändern, wer für die am Montag ausgehandelten 5,7 Prozent sei. Ergebnis: 90 Prozent waren dagegen!**

Am Donnerstag haben dann in der Frühschicht und in der Spätschicht jeweils über 10.000 Kollegen gestreikt! Wir von der Spätschicht streikten die ganze Schicht! Die Lakkiererei fing an. Tausende reihten sich ein. Es war ein riesiger Menschenstrom. Wir zogen immer wieder die Bänder auf und ab, damit so viele Leute wie möglich mitgezogen wurden. Sogar die Behinderten gingen diesmal mit. Wir waren so viele, daß einige Meister, wenn sie uns von weitem kommen hörten, von sich aus die Bänder abstellten und die Kollegen wegschickten...

Eigentlich sollte es an diesem Tag um 16 Uhr zum Hochhaus gehen. Wir wollten die Angestellten dort abholen. Das war am Tag zuvor auf einer Versammlung beschlossen worden. Aber die IGM-Bonzen verhinderten das mit einem üblen Trick. Als wir auf der Werkstraße zum Hochhaus hinmarschierten, da riefen plötzlich welche aus der Kantine „Hochkommen" — mit einem Mikrophon, was sonst nie da war, ein Gewerkschaftsbonze hielt eine kurze allgemeine Ansprache. Einige Kollegen durchschauten das Manöver. Aber die meisten folgten. Die Kantine war schon überfüllt, wir kamen gar nicht mehr rein. Wir mußten auf der Treppe umkehren. Wir formierten uns zwar wieder neu. Vorübergehend jedoch war der Zug desorganisiert. Als wir schließlich so gegen 19, 20 Uhr vor dem Hochhaus waren, war es natürlich zu spät. Die Angestellten waren weg... Trotzdem war dieser Tag ein großer Erfolg für uns. Es herrschte bis Schichtende eine Bombenstimmung!

Und die Angestellten marschierten am nächsten Tag! 5.000 streikten am Freitag. Sie marschierten durch die Hallen, und viele Kollegen, vor allem vom Rohbau, schlossen sich an.

Das war Freitag morgens. Nachmittags bei der Spätschicht hatten wir Frauen unsere Taschen schon gepackt. Wir wollten weitermachen. Aber dann wurde bekannt, daß die Große Tarifkommission die 5,7 Prozent abgelehnt und Urabstimmung beantragt hatte. Abwarten, lautete die Parole des Gewerkschaftsapparats. Die Kollegen waren empört: „Der Vorstand weiß schon seit letztem Montag, daß wir die Urabstimmung wollen. Die wollen uns verschaukeln", meinte einer.

Vor dem Werkstor von VW in Wolfsburg wird ein Flugblatt der RGO verteilt.

"Das ist auch ein Streik gegen die Gewerkschaft"

RM: Wie ist denn überhaupt die Meinung der Kollegen zum Gewerkschaftsapparat?

Brigitte: Die sind unheimlich empört. Über die Betriebsräte sowieso, die machen ja alle nicht mit und berufen sich dabei auf das BVG. Der Betriebsratsvorsitzende sitzt im Aufsichtsrat und steckt jeden Monat ein paar tausend Mark ein, und IGM-Boß Loderer ist ja stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW.

Vor allem aber sind die Kollegen sauer, weil nicht richtig gestreikt wird. Bei uns im Werk nicht und in den anderen VW-Werken schon gar nicht. **Als uns am Freitag gesagt wurde, wir müßten jetzt erst mal aufhören mit dem Streik und abwarten, da hat eine Frau gesagt: „Das ist auch ein Streik gegen die Gewerkschaft." Ein Vertrauensmann, der das hörte, hat sich aufgeregt: „Ja, wenn das so ist, dann kann ich nicht mitmachen. Wenn der Streik sich gegen die Gewerkschaft richtet, hat er seinen Sinn verfehlt." Daraufhin hat eine andere Kollegin gesagt: „Was willst du denn. Natürlich richtet sich unser Streik gegen VW, wir wollen acht Prozent. Aber wenn ihr die Urabstimmung nicht macht und keinen richtigen Streik organisiert, dann richtet er sich auch gegen die Gewerkschaft!"** Am Mittwoch und am Donnerstag sind auch eine Reihe Leute ins Betriebsratsbüro gestürmt und haben gesagt: „Wenn ihr die 5,7 Prozent annehmt, dann fliegen die Gewerkschaftsbücher hin." Der Betriebsrat hat versucht, sie abzuwimmeln: „Das geht uns nichts an. Geht doch ins Gewerkschaftshaus." Und das haben die Kollegen dann auch gemacht. Oder ein anderes Beispiel: Im Werksbus habe ich gehört wie eine Frau, deren Mann Vertrauensmann ist, gesagt hat: „Mein Mann ist für Ausgleich, aber ich bin für entweder — oder. So was gibt es bei mir nicht!"

Wie die Stimmung bei uns ist, merkte man übrigens auch, als am Freitag die RGO-Broschüre verteilt wurde. Die Verteiler hatten ein paar hundert mit. Die dachten, das reicht. Aber schon nach wenigen Minuten waren alle weg. Die Kollegen hatten sie ihnen förmlich aus der Hand gerissen.

"Wir wollen auf jeden Fall einen richtigen Streik"

RM: Wie erklärst du dir diese große Kampfbereitschaft bei den Kollegen?

Brigitte: Schon seit langem hat sich vieles angestaut bei den Kollegen, immer wieder kam es zu kleineren Auseinandersetzungen, vor allem gegen Rationalisierungsmaßnahmen. Auch bei VW soll jetzt MTM (mach tausend mehr — sagen die Kollegen) eingeführt werden. Im letzten Jahr gingen die Stopper herum. An einigen Arbeitsplätzen hat sich das schon ausgewirkt, wurde höhere Stückzahl gefordert, wurden Kollegen von den Bändern weggezogen usw. Im großen Maßstab steht die Einführung dieser Rationalisierungsmaßnahme aber noch bevor. Dann wird jetzt angefangen, Computer mit Greifarmen auch in der Fertigung einzusetzen. Im Rohbau gibt es sie bereits seit Jahren. Diese Greifarme sollen in der Fertigung z. B. Räder an die Achsen setzen und festschrauben. Es ist klar, daß der Einführung dieser Rationalisierungsmaßnahme zig Arbeitsplätze zum Opfer fallen werden.

Große Empörung hat bei den Kollegen auch der Bau des VW-Werks in den USA ausgelöst. Gebaut schließlich mit Millionen, die die VW-Bosse aus uns herausgeholt haben. Wenn jetzt in den USA der Golf gebaut wird, bleibt das natürlich auch nicht ohne Folgen für die Belegschaft bei VW in Wolfsburg. Und dann kam zum guten Schluß noch die Meldung über die Dividendenverdoppelung für die Aktionäre von VW. Das alles zusammen brachte das Faß zum Überlaufen.

RM: Wie wird es jetzt weitergehen?

Brigitte: Wir wollen auf jeden Fall einen richtigen Streik. Die, die bis jetzt schon mitgemacht haben, sowieso. Die sagen heute schon, wenn einer unkt, daß vielleicht die bisherigen Streikstunden nicht bezahlt werden: „Darauf pfeifen wir. Die paar Stunden..." Aber auch Kollegen, die bis jetzt nicht mitgemacht haben, sagen: „Bei der Urabstimmung stimme ich auf jeden Fall für ja, da mach ich dann auch mit." Es gibt so gut wie keinen, der nicht für einen Streik ist. Auch die Kollegen, die nicht in der Gewerkschaft sind, sind dafür. Die sagen: „Wenn ihr eine Urabstimmung macht und streikt, mach ich auf jeden Fall mit. Ein, zwei Wochen kann ich mich auch über Wasser halten, wenn ich kein Streikgeld kriege."

RM: Vielen Dank für das Gespräch — und viel Erfolg für den weiteren Kampf.





Nun schlag doch endlich ein, Eugen — 5 Prozent!

Loderer gegen Loderer...?

Tarifverhandlungen bei VW. Aufsichtsratsvorsitzender Toni Schmücker ist jedoch verreist — in die USA zur Einweihung des neuen Golf-Werkes. Ob nun der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende für ihn als Verhandlungsführer in die Bresche springt? Dann säße dem IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer kein anderer gegenüber als der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Eugen Loderer...

VW/Braunschweig

Protestdemonstration durch das Werk

Auch die Belegschaft des Braunschweiger VW-Werks drückte ihre Empörung über die unzureichenden Angebote der VW-Kapitalisten aus. Vorletzten Dienstag versammelten sich etwa 800 Kollegen in der Kantine. Die Vertrauensleute der IGM, die dazu aufgerufen hatten, dachten aber nicht daran, wirkliche Kampfmaßnahmen zu organisieren. Sie lasen nur einen Brief an den VW-Vorstand vor und schickten dann die Kollegen wieder an die Arbeit.

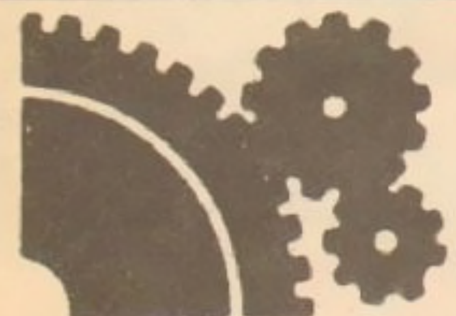
Zwei Tage später am Donnerstag, versammelten sich 2.000 Kollegen um 11 Uhr an der Rampe in der Halle 3. Hier taucht sogar der Werksleiter auf. Er fordert genauso wie der Betriebsrat die Kollegen auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Aber nur wenige folgen dieser Aufforderung. Die überwiegende Mehrzahl formiert sich zu einem Demonstrationszug und beginnt einen Marsch durch das Werk.

Nach einer Stunde jedoch ist der Demonstrationszug plötzlich aufgelöst. Die Betriebsräte, die alle an dem Umzug teilgenommen haben, sind wie auf Kommando mit den Blocks der Kollegen, die sie angeführt haben, auseinandergegangen. Offenbar ein Manöver, das vorher abgesprochen war. Dafür spricht auch die Tatsache, daß nach der Friedenspflicht die Betriebsräte sich nicht an solchen Demonstrationen beteiligen dürfen, und sonst halten sich die Herren aus dem Betriebsrat peinlich genau an die reaktionären Paragraphen.

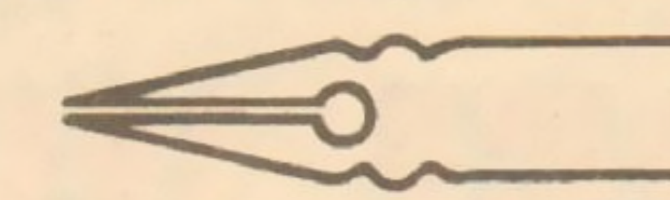
Aber obwohl die Aktion so plötzlich abgewiegelt wurde, war sie doch ein Erfolg. Ungefähr 80 Prozent der Schicht haben sich an dem Umzug beteiligt. Am selben Tag ist dann auch die Betriebsversammlung. Wieder versuchen Werksleitung und Bonzen gemeinsam zu verhindern, daß eine kämpferischen Stimmung aufkommt. Endlose Reden werden gehalten, bevor endlich die Kollegen zu Wort kommen. Ein Arbeiter nimmt Stellung zu den Tarifverhandlungen. Die IGM-Bonzen machen jetzt viel Wind um eine Vorweganhebung der unteren Lohngruppen. Bei der Lohngruppe 1 soll sie 6,72 Prozent betragen. Das hört sich ja schön an, sagt der Kollege. Aber wir wollen uns doch mal ansehen, wieviele Kollegen bei VW diese Lohngruppe haben: Das sind drei im Zeitlohnbereich und 15 Akkordlöhner. Und das sind nicht etwa die Zahlen für das Werk Braunschweig, nein, für den ganzen Konzern!

Viel Beifall erhält auch ein anderer Kollege, der die Verschiebung der längst fälligen Urabstimmung anprangert und die Kollegen auffordert, weiter für die geforderten acht Prozent zu kämpfen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Betriebsbesichtigung auf der Westfalenhütte

Betriebsbesichtigungen sind für die Kollegen bei Hoesch nichts Besonderes. Aber wissen Sie eigentlich, was so ein Werksführer alles von sich gibt, wenn er auf die Arbeitsbedingungen der hier Beschäftigten angesprochen wird?

Wir sind eine Gruppe von etwa 30 Studenten. Zwei Werksführer werden uns zugeordnet. Zuerst werden wir in eine Halle geführt, in der wir einen Abstich beobachten sollen. Allerdings interessiert uns hier noch etwas anderes. Überall, auf dem Boden und auf Geländern hat sich eine Staubschicht gebildet. Angesichts dieses Staubes und des Qualms fragen wir nach gesundheitlichen Schäden, die bei den Arbeitern verursacht werden. Daraufhin verweist uns unser Werksführer auf Vorrichtungen über uns, die aussehen wie große Rohre. „Hier werden bald Absauganlagen angebracht." Wir fragen uns, wann „bald" ist und erkundigen uns weiter. „Früher war alles noch viel schlimmer", sagt er. „Heute ist die Luft in der Halle nahezu sauber. Der Staub hat nichts zu sagen. Außerdem haben wir ja unsere Werksärzte." Wir widersprechen, weil wir uns nicht vorstellen können, daß der Staub so harmlos ist. „Ach", sagt der Werksführer, langsam wird er aggressiv, „sehen Sie sich doch einen Verkehrspolizisten auf der Kreuzung an." (Welch bezeichnendes Beispiel.) „Und wenn Sie einkaufen gehen. Die ganzen Autoabgase, das ist doch alles schädlich." Wir entgegnen, daß da wohl Unterschiede bestehen und daß das letzten Endes alles keine Argumente seien. Aber nun werden wir dem Mann endgültig lästig. **„Sie können mir ruhig glauben", sagt er barsch, „und außerdem — das husten die doch alles wieder aus!"**

Jetzt wissen wir Bescheid. So denkt man hier wirklich.

Rot Front,
eine Genossin aus Dortmund.

Assistentin auf Probe im Großlabor

Liebe „Roter-Morgen"-Redaktion!

Wir möchten euch heute über einen empörenden Fall, der sich in einem Großlabor in Karlsruhe abgespielt hat, berichten; über einen Laborfacharzt und dessen unverschämte Methoden.

Es geht um ein Mädchen, das im September 77 ihre Prüfung als medizinisch-technische Assistentin ablegte. Nach langem Suchen fand sie Mitte Oktober in dem Großlabor eine Stelle. Der Laborfacharzt hat sie für eine Woche auf Probe eingestellt. Erst als sich die Kolleginnen für sie einsetzten, konnte sie bleiben.

Während für alle zwischen Weihnachten und Neujahr Urlaub war, mußte sie arbeiten und allen möglichen Kleinkram für den Arzt erledigen: Und wenn es ihm abends einfiel, daß noch die Schränke auszuwischen waren, mußte sie länger dableiben, ohne Geld oder Freizeit dafür zu bekommen. Sie durfte auch sonst die schönsten Arbeiten übernehmen, hierhin und dorthin wetzen.

Am 15. März erhielt sie ihre Kündigung. Auf dem Arbeitsamt erfuhr sie, daß ihr noch drei Wochen Arbeitszeit fehlten, um Arbeitslosengeld zu bekommen. Die gewählte Vertreterin der Laborantinnen sprach daraufhin mit dem Arzt, ob er sie nicht noch drei Wochen dulden könnte. Mit seiner Entscheidung ließ er sich eine Woche Zeit: Sie „durfte" bleiben — allerdings ohne Bezahlung!! In dieser Zeit traute sie sich erst recht nichts zu sagen, weil sie ja auf seine „Gnade" angewiesen war.

Zum Glück fand sie Anfang April eine neue Stelle.

Zwei Genossinnen aus Karlsruhe.

„Handwerk mit goldenem Boden"?

Liebe Genossen,

es wird in der letzten Zeit viel darüber gesprochen, daß die Lehrstellen im Handwerk zugenommen haben und daß in diesem Jahr noch mehr Lehrstellen bereitgestellt werden sollen als im vorigen Jahr. Wie eine solche „Ausbildung" aussieht, möchte ich euch hier schildern. Ich bin Geselle in einer kleinen Bäckerei und arbeite mit zwei Lehrlingen zusammen. Die Lehrlinge müssen von morgens 5.30 Uhr bis meistens 16 Uhr nachmittags arbeiten. Samstags fangen sie sogar um 4 Uhr morgens an. Sie arbeiten also wöchentlich 50 bis 55 Stunden. Da sie die Sechs-Tage-Woche haben, steht ihnen alle 14 Tage ein freier Tag zu. Dieser ist jedoch wegen gestiegener Produktion gestrichen worden. Und von Ausbildung kann auch keine Rede sein. Sie müssen alle anfallenden Hilfsarbeiten machen und von qualifizierter Ausbildung kann keine Rede sein. Das ist nur ein kleiner Einblick ins „Handwerk mit goldenem Boden". Und warum jetzt die Lehrstellen im Handwerk steigen, ist uns klar. Die Jugendlichen sind gezwungen, eine Lehrstelle im Handwerk zu nehmen, wenn sie nicht auf der Straße liegen wollen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Herzebrock (Bielefeld)

NSI: Empörung über Tarifverrat

Liebe Genossen!

Bei NSI in Hamburg waren die Kollegen unheimlich empört, als sie von der Nachricht überrascht wurden, daß die Gewerkschaftsbonzen der IG Chemie sich mit den Kapitalisten auf 4,3 Prozent geeinigt haben. Die Partei verteilte zu dem Abschluß am Freitag morgen bereits ein Flugblatt, das einschlug wie eine Bombe.

Bei NSI hatten die Kollegen selbst Lohnforderungen aufgestellt, so z. B. die Forderung 150 Mark für alle. Jetzt, nach diesem plötzlichen Abschluß, der viel zu niedrig ist, war die Wut auf die IG-Chemie-Bonzen groß. Einige Kollegen sagten: „Jetzt ist Schluß, ich trete aus der Gewerkschaft aus." Der Betriebsrat wurde mit Vorwürfen bombardiert. „Da wird man ja automatisch rot!", sagten einige Kollegen. Auch diskutierten die Kollegen darüber, daß jetzt ein wilder Streik die einzig richtige Antwort wäre. Und darin waren sich die Kollegen einig: „Das war das letzte Mal, daß die uns so überfahren konnten. Nächstes Mal wird das anders werden. Die sollen sich noch wundern!"

Rot Front!
Ein Genosse aus Hamburg.

Nacht- und Nebelabschluß bei ÖTV

Was ist das für eine Gewerkschaft?

„Sie sehen mich hier sehr befriedigt stehen, und daraus können Sie Ihre Schlüsse ziehen." So Innenminister Maihofer Mittwoch früh, nachdem der Tarifabschluß für den Öffentlichen Dienst feststand. Maihofers Befriedigung wundert nicht. 4,5 Prozent und zwei Tage mehr Urlaub. Dieser Schandabschluß liegt noch unter den unverschämten Lohnleitlinien der Bonner Regierung.

Den Kapitalisten gegenüber ist dieser Staat grenzenlos großzügig. Mit Milliardensubventionen und radikalen Steuererleichterungen hilft er ihnen, Rekordprofite zu scheffeln und noch mehr Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Und auch sich selbst gegenüber sind die Herren Minister und Parlamentarier äußerst gönnerös, wie z. B. die horrenden Diätenerhöhungen zeigen. Den Werktätigen im Öffentlichen Dienst aber wird das schmale Realeinkommen brutal gekürzt.

Bei Nacht und Nebel hat man sich geeinigt. Ein Überrumpelungs-Coup wie er im Buche steht! Mittwoch früh, direkt nach Abschluß der Verhandlungen, segnete die ÖTV-Tarifkommission den Lohnraub ab. Noch nie hatten es die ÖTV-Bonzen so eilig. Das zeigt ihre Angst vor der Kampfbereitschaft der Werktätigen.

„Ausgewogen und der Haushaltsentwicklung angemessen" nannte Maihofer den Abschluß. Und ÖTV-Boß Kluncker: „Der Abschluß paßt in die konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Landschaft." Beide Herren sind sich also völlig einig, daß sich die Werktätigen im Öffentlichen Dienst den Gürtel enger zu schnallen haben. Hatte Kluncker nicht noch kurz vor dem Nacht- und Nebelabschluß radikal getönt und sogar von Streik geredet? Alles nur Täuschung, um die Kollegen von eigenständigen Kampfmaßnahmen abzuhalten. Kluncker und Co. sind genauso eingefuchste Betrüger wie ihre angeblichen Widersacher in den Ministersesseln.

Die 100 Mark, die für den Müllarbeiter, die Krankenschwester oder den städtischen Elektriker im Höchstfall bei diesem Tarifabschluß herausspringen, gleichen die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht im entferntesten aus. Mindestens 200 Mark mehr muß ein durchschnittlicher Arbeiterhaushalt heute aufbringen als noch vor einem Jahr.

Ganz anders sieht die Sache dagegen für die Herren Staatssekretäre, Richter, Staatsanwälte, Chefärzte usw. aus. Nehmen wir einen Richter mit 5.000 Mark Einkommen. Für ihn bedeuten die 4,5 Prozent fast 250 Mark mehr. Für noch besser bezahlte Bonzen wie Chefärzte, Staatssekretäre u. a. sind es 300 Mark und mehr. Dabei ist für all diese Volkszertreter und Schmarotzer jeder Pfennig schon zuviel. Es hat schon seinen guten Grund, wenn die werktätigen ÖTV-Mitglieder Jahr für Jahr statt einer Prozentforderung eine Festgeldforderung verlangen. Und daß der ÖTV-Apparat diese gerechte Forderung regelmäßig unter den Tisch kehrt, ist bezeichnend! Was ist das für eine Gewerkschaft, die die schwerarbeitende Krankenschwester mit jämmerlichen 100 Mark abspeist, dem im Luxus lebenden Großverdiener dagegen ein Mehrfaches sicherstellt?

Die Lage der Werktätigen im Öffentlichen Dienst ist die gleiche wie die ihrer Klassenbrüder in der Industrie und im privaten Gewerbe. Um sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage erfolgreich zu wehren, müssen sie sich im unversöhnlichen Klassenkampf zusammenschließen: gegen den Dreibund von Kapital, Regierung und DGB-Apparat.

„Volksgemeinschaft"

Was haben eigentlich Staatsanwälte, Chefärzte, Schuldirektoren, Polizisten, Staatssekretäre usw. in Gewerkschaften verloren, die die Interessen der Werktätigen vertreten? Nichts! Das sind Kapitalisten und Schmarotzer. Und das sind Büttel der bürgerlichen Staatsmacht, die dazu da ist, das arbeitende Volk auszuplündern und zu unterdrücken. Der DGB-Apparat sorgt dafür, daß der Chefarzt in der gleichen Gewerkschaft organisiert ist wie die Krankenschwester, die von ihm ausgebeutet und schikaniert wird. Der Arbeiter soll den Polizisten als Kollegen betrachten, der seinen Streik niederknüppelt. Welcher Hohn! Im Kern ist dies das faschistische Prinzip der „Volksgemeinschaft", das Hitler verkündete, um den Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen mit Mord und Terror niederzuhalten. Solche Gewerkschaften können unmöglich Kampforganisationen der Arbeiterklasse sein!

Revolutionärer Betriebsrat zum Chemie-Abschluß

Die Kollegen sind empört!

Völlig überraschend haben die IG-Chemie-Bonzen am Donnerstag letzter Woche bereits einen Tarifabschluß durchgepeitscht. 4,3 Prozent. Dieser unverschämte Lohnraub ist das Ergebnis eines dreisten Komplotts zwischen den Chemiebossen und der Führung der IG Chemie. Der „Rote Morgen" sprach darüber am nächsten Tag mit Fritjof Rausch, dem kürzlich gewählten RGO-Betriebsrat von BASF in Ludwigshafen.

RM: Der Tarifabschluß kam wohl für die Kollegen völlig überraschend?

Fritjof: Das kann man wohl sagen! Die Tarifrunde war ja kaum angelaufen. Kein Kollege hat zu diesem Zeitpunkt damit gerechnet. Die Bonzen hatten vorher behauptet, sie würden Teile des Manteltarifvertrages, der jetzt eigentlich ausgelaufen wäre, gleich mitverhandeln. Damit erweckten sie den Anschein, die Verhandlungen würden sich wohl längere Zeit hinziehen. Jetzt haben sie die Kündigung des Manteltarifvertrages, der bereits seit sieben Jahren läuft und längst überfällig ist, auf den 31. 12. 1978 hinausgeschoben. Das ist genau das, was der Arbeitsring Chemie (Unternehmerverband — die Red.) bereits im Januar vorgeschlagen hat. Damals hat die IG-Chemie-Führung so getan, als sei sie empört über dieses Ansinnen. Das einzige, was jetzt vom Manteltarifvertrag im Abschluß enthalten ist, sind die zwei Tage mehr Urlaub. Sie sollen ein Trostpflästerchen für die unverschämten 4,3 Prozent sein.

RM: Wie reagierten die Kollegen bei BASF auf diesen Abschluß?

Fritjof: Am meisten empört sind die Kollegen über die unglaubliche Überrumpelung und das diktatorische Vorgehen der Gewerkschaftsführung. Natürlich herrscht auch Empörung über die 4,3 Prozent, die einen weiteren Abbau unseres Lebensstandards bedeuten. Die Kollegen waren für Streik. Jetzt besitzen die Bonzen die Frechheit, den Kollegen gegenüber zu sagen, sie seien eben nicht kampfbereit gewesen. Deshalb wäre halt nicht mehr drin gewesen. Ich weiß von einem Fall, wo Kollegen in einer Abteilung heute einen Betriebsrat zur Rede stellten und ihn in diesem Zusammenhang der Lüge bezichtigten. Sie hielten ihm vor, daß es bei der letzten Tarifrunde sie, die Bonzen, gewesen sind, die auf BASF den spontanen Streik abgewürgt haben.

Metalltarifrunde

5% Lohnraub durchgepeitscht

Nachdem der IGM-Apparat den Streik in Stuttgart abgewürgt hat, haben die Bosse und Bonzen bis Mittwoch letzter Woche im Eiltempo in sämtlichen Tarifbezirken, abgesehen von VW, ihre Abschlüsse durchgepeitscht. Mit gewissen Variationen wurde den Kollegen überall der unverschämte Fünf-Prozent-Lohnraub aufs Auge gedrückt.

In Nordrhein-Westfalen, dem größten Tarifbezirk, hat der IGM-Apparat sich frech über das Urabstimmungsvotum Hunderttausender Metaller hinweggesetzt. Die Kollegen wollten den Streik für die Durchsetzung von acht Prozent mehr Lohn. Jetzt wurde ihnen diktatorisch der fünf-Prozent-Verrat aufgezwungen. Für die ersten vier Monate dieses Jahres wurde hier eine Pauschale von jeweils 110 Mark vereinbart.

In den Bezirken Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland erhalten die Kollegen fünf Prozent rückwirkend ab 1. Januar. Hier wurde die sogenannte „Einkommenssicherung" nach Stuttgarter Vorbild übernommen. Dazu ist zu sagen: Erstens ist das keine echte Einkommenssicherung und außerdem laufen in der Metallindustrie ohnedies Ende 78 die Lohnrahmentarife aus. Dann müßten diese Punkte sowieso verhandelt werden. In Niedersachsen wurden fünf Prozent und eine Vorweganhebung der unteren Lohngruppen vereinbart.

Mit einer planmäßigen, systematischen Spalter- und Streikbruchpolitik hat der IGM-Apparat die Kampffront der Metaller zersetzt und auseinanderdividiert, hat er einem brutalen Abbau der Reallöhne Bahn gebrochen. So konnte das „Handelsblatt" in der letzten Woche erleichtert melden: „Endlich Ruhe an der Metallfront." Aber sie sollen nicht zu früh jubeln. Ein wichtiger Abschnitt dieser Front, das Riesenunternehmen VW mit seinen rund 100.000 Inlandsbeschäftigten, ist noch keineswegs „befriedet". Nicht umsonst haben Presse, Funk und Fernsehen bisher diesen großen Kampf totgeschwiegen. Die Angst der Bosse und Bonzen, daß aus dem Funken ein Steppenbrand werden könnte, ist groß.

Betriebsratswahlen

Erfolge für RGO- und andere oppositionelle Listen

Neue Erfolge für klassenkämpferische und revolutionäre Listen bei den Betriebsratswahlen! In einer Reihe von Metallbetrieben, in denen oppositionelle bzw. RGO-Listen kandidierten, fanden in der vergangenen Woche die Betriebsratswahlen statt. Dabei konnten die Listen, die den konsequenten Kampf für die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten auf ihre Fahne schrieben und sich klar gegen den reaktionären DGB-Apparat abgrenzten, teilweise hervorragende Erfolge erringen.

Auf der Howaldtswerft in Kiel (HDW) erhielt die „Rote Liste (RGO)" 17,5 Prozent der Stimmen. Alle drei Kandidaten der Liste sind damit in den Betriebsrat gewählt.

In Heilbronn bei Schmalbach-Lubeca, einem Metallbetrieb mit rund 500 Beschäftigten, erhielt die Liste „Wehrt Euch", auf der nur ein Kollege kandidierte, mit 62,4 Prozent mehr als doppelt so viele Stimmen wie die Liste der IGM. Bei Mannesmann-Kammerich in Bielefeld wählten 35 Prozent der Kollegen die „Oppositionelle Liste", auf der ebenfalls nur ein Kandidat stand.

27 Prozent der Stimmen entfielen bei Siemens/Bosch in Westberlin auf die Liste „Wehrt Euch". Damit zogen alle drei Kandidaten der Liste in den Betriebsrat ein. Die Stimmenzahl hätte ausgereicht, um fünf Kandidaten in den Betriebsrat zu bringen. Ebenfalls in Westberlin, bei KWU (Siemens) erhielt die Liste „Frischer Wind" zehn Prozent der abgegebenen Stimmen. Einer der sechs Kandidaten dieser Liste ist damit in den Betriebsrat gewählt.

Diese Erfolge wurden errungen in entschlossenem und hartem Kampf gegen die Unternehmensleitungen und gegen den reaktionären DGB-Apparat. Mit massiven Unterdrükkungsmaßnahmen, mit Drohungen und teilweise direkt illegalen Machenschaften hatten Bosse und Bonzen versucht, die Listen kaputtzumachen, zu verhindern, daß sie sich überhaupt zur Wahl stellen konnten. Mit einer unglaublichen Hetze, mit haarsträubenden Lügen und Verleumdungen versuchten vor allem der IGM-Apparat und die DKP, die Listen bei den Belegschaften in Mißkredit zu bringen. Es half ihnen aber nichts. Natürlich wäre es für die Listen unmöglich gewesen, sich gegen alle diese Angriffe und Intrigen erfolgreich zu behaupten, hätten sie nicht die aktive Unterstützung zahlreicher Kollegen gehabt.

HDW/Kiel: 603 Kollegen stimmen für die RGO-Liste

Die Betriebsratswahl bei HDW in Kiel hat eine besondere Vorgeschichte. Vor drei Jahren, bei der letzten Betriebsratswahl, hatten bereits vier revolutionäre Arbeiter auf der „Roten Liste" kandidiert, und alle vier waren gewählt worden. Die HDW-Bosse und die reaktionären Betriebsratsbonzen um den Arbeiterverräter Otto Böhm ruhten jedoch nicht, bis sie sich die unbequemen revolutionären Betriebsräte, die ihre „vertrauensvolle Zusammenarbeit" auf dem Rücken der Belegschaft empfindlich störten, durch brutalen Entlassungsterror vom Halse geschafft hatten. Im Sommer 1976 rückte eine Hundertschaft Polizei auf die Werft ein, um den Widerstand der Kollegen gegen die fristlose Entlassung ihrer revolutionären Betriebsräte zu brechen.

Um so höher ist der jetzige Erfolg der „Roten Liste (RGO)" zu bewerten. Er beweist, daß die Kapitalisten und ihre Handlanger den Kampf der Werftarbeiter für ihre Interessen nicht zerschlagen können. Natürlich haben sie auch bei dieser Wahl alles mögliche versucht, um die RGO-Liste auszuschalten. Der IGM-Apparat, die DKP und die SPD hetzten auf Flugblättern wie wahnsinnig, beschimpften die revolutionären Kandidaten als „Spalter", „Achtgroschenjungs" und „reaktionäre Handlanger von Henke" (Henke: HDW-Boß).

Aber dennoch ist das passiert, wovor sie so große Furcht haben: Es gibt jetzt wieder revolutionäre Betriebsräte auf HDW, die sich kompromißlos für die Interessen der Werftarbeiter einsetzen. 603 Kollegen gaben ihre Stimme der RGO-Liste, die allen Arbeiterverrätern den Kampf angesagt hat. 603 Stimmen für ein revolutionäres Kampfprogramm — das zeigt: Der Einfluß der RGO auf HDW ist schon relativ stark. Die HDW-Bosse werden jetzt auf zunehmend härteren Widerstand bei ihren Rationalisierungsmaßnahmen und ihren Angriffen auf die Interessen der Belegschaft stoßen.

Schmalbach-Lubeca: Vernichtende Niederlage für den IGM-Apparat

„Im Betrieb tritt Stockmar als ‚Vertreter für die Arbeitnehmer' auf. Außerhalb des Betriebes kämpft er gegen die einzige Interessenvertretung der Arbeitnehmer und ruft dazu auf, die IG Metall und den Deutschen Gewerkschaftsbund zu zerschlagen. Dies ist das Ziel seiner Partei, der KPD/ML. Mit Leuten dieser Partei wollen wir nichts zu tun haben. (...) Wählt keine KPD/ML-Vertreter in den Betriebsrat. Keine Stimme der Liste 3!"

So hieß es in einem Hetzflugblatt des Vertrauensleutekörpers. Aber diese Hetze bewirkte das Gegenteil von dem, was der IGM-Apparat damit erreichen wollte. Noch mehr Kollegen begannen sich für die Liste 3 und ihr revolutionäres Kampfprogramm zu interessieren — und fanden es gut. Höhepunkt vor der Wahl war dann ein RGO-Flugblatt, das am Betrieb verteilt wurde und zur Unterstützung der Liste „Wehrt Euch" aufrief. Es wurde von den Kollegen begeistert aufgenommen. Laufend kamen zu Helmut Stockmar, dem revolutionären Kandidaten, Kollegen aus anderen Abteilungen, die weitere Flugblätter wollten, bzw. sich erkundigten, was das mit der RGO sei.

Am Wahltag selbst ging es hoch her. Kollegen in der Produktion organisierten selbständig Ablösungen, um wählen zu können. Ausländische Kollegen wurden aufgeklärt und zur Wahl der Liste 3 aufgefordert (Liste 3 — die revolutionäre Liste). Spontan entstanden Spottverse auf den alten Betriebsrat und gingen von Mund zu Mund. Gegrüßt wurde mit hocherhobenen drei gespreizten Fingern — als Zeichen für Liste 3. Als die Stimmenauszählung begann, bildeten sich ein Haufen und zwei Häufchen. Je mehr der Stapel für Liste 3 wuchs, desto länger wurden die Gesichter der IGM-Betriebsräte.

Das Ergebnis:

Liste 3 „Wehrt Euch": 156 Stimmen = 62,4 Prozent.

Liste 1, IG Metall: 73 Stimmen = 29,2 Prozent.

Liste 2, ein ausländischer Kollege: 21 Stimmen = 8,4 Prozent.

Die IGM-Liste wurde vernichtend geschlagen. Die Liste 3 hätte vier von sieben Betriebsräten stellen können. Leider war es bei dieser Wahl noch nicht möglich, mehrere Kollegen für die Kandidatur auf der Liste zu gewinnen. Aber das wird künftig anders sein. Viele Kollegen meinten: „In drei Jahren stellen wir den ganzen Betriebsrat."

Opel-Rüsselsheim Liste Arbeiteropposition

Mit 129 Unterschriften wurde jetzt bei Opel in Rüsselsheim eine „Liste Arbeiteropposition" eingereicht. Auf ihr kandidieren die Montagearbeiter Heinz Aufschläger und Atila I. Özgüc sowie der Inspektor im Motorenbau, Rolf Strojec. An der Betriebsratswahl am 9. Mai nehmen insgesamt acht verschiedene Listen teil. Als einzige hatten die Kandidaten der „Liste Arbeiteropposition" versucht, eine Persönlichkeitswahl zu ermöglichen. Sie machten den Vorschlag, die acht Listen zurückzuziehen und eine Belegschaftsliste zu eröffnen, auf der sich jeder eintragen kann, der kandidieren will. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, auch von der IG Metall! Die drei Kollegen kandidieren auf der Grundlage eines Programms, das durch eine Absage an jegliche Art von Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital gekennzeichnet ist. Außerdem enthält es einen Komplex von betrieblichen Forderungen, die bei Opel aktuell sind. Aber die Kandidaten lassen keinen Zweifel daran, daß diese Forderungen nur durch den Kampf einer geschlossen zusammenstehenden Belegschaft durchgesetzt werden können.

Vorwärts mit der Liste 4 — „Arbeiteropposition"!

Solex Werner Adomatis im Betriebsrat!

Die Quittung gaben die Solex-Arbeiter den Solex-Bossen und dem Gewerkschaftsapparat für die Schikanen gegen die Betriebsratskandidatur ihres Kollegen Werner Adomatis. Mit 327 Stimmen (25 Prozent) wurde Werner in den Betriebsrat gewählt! Er steht damit unter den ersten Siegern dieser Wahl. Werner war unmittelbar nach seiner Kandidatur von den Solex-Kapitalisten entlassen worden, angeblich aus Arbeitsmangel. Aber auch der Wahlvorstand hatte ihn von der Liste der Kandidaten gestrichen. Dabei hatte dieser keine Skrupel, die Tatsache, daß Werner wegen einer Aktion gegen das faschistische Schah-Regime zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, gegen ihn ins Feld zu führen. Doch mit einer einstweiligen Verfügung konnte die Wiederzulassung zur Wahl erzwungen werden. Jetzt mußte Werner auch von den Solex-Kapitalisten wieder eingestellt werden — an seinen alten Arbeitsplatz! Mit ihm freuen sich seine Kollegen über diesen doppelten Sieg!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Spart und spendet für unseren armen Bischof in Essen

Wer sieht, wie bei uns in den katholischen Krankenhäusern gespart wird, wie kontrolliert wird — vom Pflaster bis zur Salbe, von der Bettwäsche bis zu den Medikamenten, von der Heizung bis zum Kugelschreiber —, wer die ewigen Sprüche hört: „Wir müssen sparen, sparen, sparen...", oder die „roten Zahlen" wachsen dem Haus über den Kopf, ja, der sollte glauben: „Mein Gott, was ist die Kirche, die ‚unsere' Häuser ja ‚trägt' doch bettelarm. Sie tut das Beste für die Patienten, was rauszuholen ist, obwohl ihr das Wasser bis zum Halse steht, **welch christlicher Edelmut!"**

Doch welch' ketzerische Enthüllung war da vor kurzem in der Zeitung zu lesen!? „Kirchenfinanzen sind besser als erwartet!"



13.000.000 DM = dreizehn Millionen Deutsche Mark weist die Bilanz des Bistums Essen im Jahre 77 als Überschuß auf. Und den dicksten Anteil brachten dabei die zahlreichen Haushaltsstellen des Bischofs wie z. B. Krankenhäuser: ganze 4,7 Millionen DM. 3,8 Millionen kamen dann noch aus den Gemeinden, 4,6 Millionen aus der Kirchensteuer. Jetzt wissen wir zumindest, wofür wir so eifrig sparen müssen, wofür so manch' Gläubiger seine Groschen in der Hoffung auf ein ewiges Leben in den Klingelbeutel wirft. „Selig die Armen im Geiste, der Bischof ist jetzt schon reich!" Denn bei ihm häufen sich die Millionen.

P.S.: Das St. Johannes erwirtschaftete im Jahr 75 ganze 2 Millionen. Grundkapital für das neue Pfarrzentrum. Für die Umbauten im OP-Bereich, für das Bewegungsbad, die neuen Ambulanzen wird dieses Geld jedoch nicht verwandt. Dafür treibt der Staat ja Steuern ein, von den Werktätigen. Erneuerungen nur durch „Steuergelder" und auf Kosten der Bettenzahl. Denn 50 Betten fallen der Rationalisierung zum Opfer. Die fetten Kirchenfinanzen werden dagegen nicht angerührt.

Meldungen aus den Betrieben

IGM-Apparat verschaukelt Metallarbeiterinnen

Immer wieder verrät der DGB-Apparat den Kampf gegen die Hungerlohngruppen, in die der Großteil der Arbeiterinnen eingestuft ist, damit die Kapitalisten sich besonders stark an ihrer Arbeit bereichern können. Bei der Metalltarifrunde in Baden-Württemberg sah sich der IGM-Apparat genötigt, die Abschaffung der beiden untersten Lohngruppen 1 und 2 als Forderung aufzustellen. Die Kollegen streikten nicht zuletzt auch für die Durchsetzung dieser wichtigen Forderung. Was aber taten die IGM-Bonzen? Sie vereinbarten mit den Metallbossen, daß die Lohngruppe 1 zwar gestrichen wird, daß jedoch die Lohngruppe 2 bestehen bleibt. Das ist ein übler Verrat, denn in der alleruntersten Lohngruppe 1 sind heute kaum mehr Arbeiterinnen beschäftigt. Bei Bosch in Stuttgart z. B. sind in Lohngruppe 1 noch rund 10 Kolleginnen eingestuft. Dagegen müssen in Lohngruppe 2 sage und schreibe 1.800 Beschäftigte arbeiten, zum Großteil natürlich Arbeiterinnen.

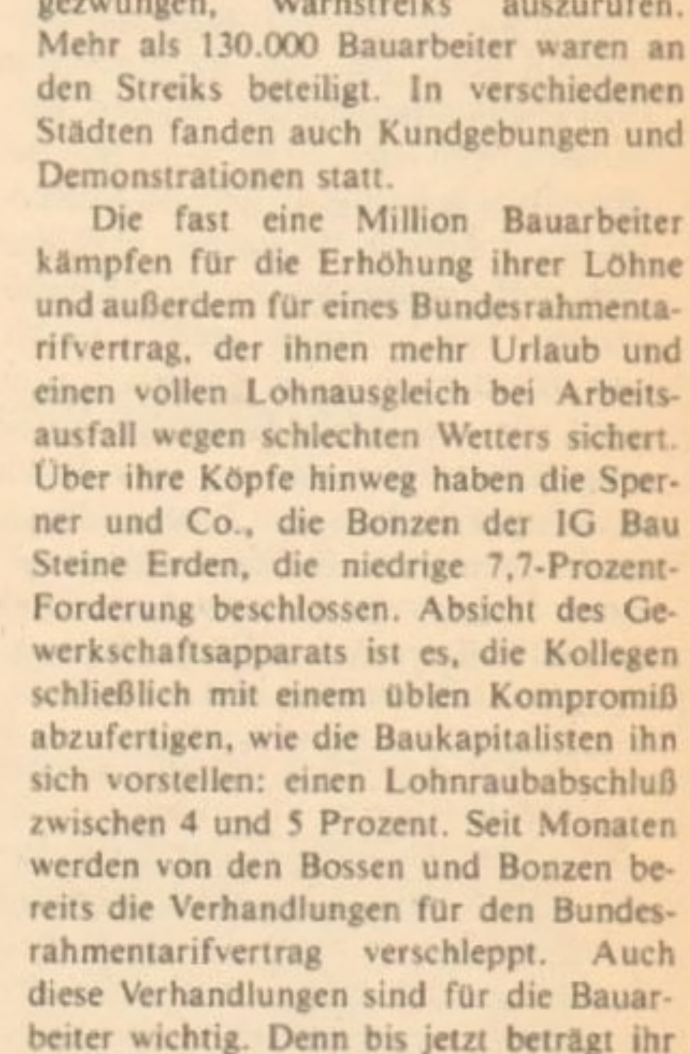
Geheimhaltung vor den eigenen Mitgliedern!

Es ist unerhört! Die IG Druck und Papier hält das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit den Verlagen und Zeitschriftenverlagen vor ihren Mitgliedern geheim! Wie „Roter Morgen" in Erfahrung bringen konnte, hat der Verband der Verlage und Buchhandlungen in Nordrhein-Westfalen e. V. seine Mitgliedsfirmen mit einem Brief vom 12. April (!) vertraulich über den Abschluß der Verhandlungen informiert. Danach werden — vorbehaltlich einer Erklärungsfrist bis zum 19. 4. — die Gehälter um fünf Prozent, mindestens aber 70 Mark, und die Löhne um 5,4 Prozent erhöht. Dieser Abschluß bedeutet für die Lohngruppen und die unteren Gehaltsgruppen Lohnraub! Er orientiert sich an den skandalösen Lohnraubabschlüssen in den anderen Tarifbereichen, die schon so viele Kämpfe der betroffenen Arbeiter hervorgerufen haben. Am empörendsten ist aber die Tatsache, daß die Kapitalisten in diesem Fall schon längst informiert sind, während den betroffenen Lohn- und Gehaltsempfängern das Ergebnis mindestens eine Woche lang verschwiegen werden soll. Man will sie offensichtlich in einem „Nacht- und Nebelabschluß" nach dem 19. 4. überfahren.

Bauarbeiter im Kampf

Auf hunderten von Baustellen in allen Teilen der Bundesrepublik und in Westberlin ruhte in der vergangenen Woche für Stunden die Arbeit. Durch den Druck der Kollegen war der Gewerkschaftsapparat gezwungen, Warnstreiks auszurufen. Mehr als 130.000 Bauarbeiter waren an den Streiks beteiligt. In verschiedenen Städten fanden auch Kundgebungen und Demonstrationen statt.

Die fast eine Million Bauarbeiter kämpfen für die Erhöhung ihrer Löhne und außerdem für eines Bundesrahmentarifvertrag, der ihnen mehr Urlaub und einen vollen Lohnausgleich bei Arbeitsausfall wegen schlechten Wetters sichert. Über ihre Köpfe hinweg haben die Sperner und Co., die Bonzen der IG Bau Steine Erden, die niedrige 7,7-Prozent-Forderung beschlossen. Absicht des Gewerkschaftsapparats ist es, die Kollegen schließlich mit einem üblen Kompromiß abzufertigen, wie die Baukapitalisten ihn sich vorstellen: einen Lohnraubabschluß zwischen 4 und 5 Prozent. Seit Monaten werden von den Bossen und Bonzen bereits die Verhandlungen für den Bundesrahmentarifvertrag verschleppt. Auch diese Verhandlungen sind für die Bauarbeiter wichtig. Denn bis jetzt beträgt ihr Urlaubsanspruch nur zwischen 18 und 21 Tagen, im Gegensatz zu den meisten anderen Branchen, wo er zwischen 21 und 29 Tagen liegt. Außerdem erhalten die Bauarbeiter bei Arbeitsausfall wegen Schlechtwetters bis jetzt lediglich 67 Prozent ihres Nettolohns.



Die Bauarbeiter sind kampfbereit. Sie wollen einen machtvollen geschlossenen Streik, einen Vollstreik. Und obwohl der Organisationsgrad in der Bauindustrie niedrig ist — in den meisten Fällen sind nur etwa 50 Prozent in der Gewerkschaft —, gab es bei den Warnstreiks kaum Streikbrecher. Auch die Unorganisierten stehen fest in der Kampffront. Die Kampfbereitschaft drückt sich auch in den Parolen der Bauarbeiter aus. In Stuttgart schrieben sie auf ein Transparent: „Was die Metallarbeiter können, können wir auch!" In Hamburg lautete eine Parole: „Die Geduld der Bauarbeiter ist zu Ende!" Allerdings gibt es ein großes Hindernis für einen geschlossenen Kampf: Der Gewerkschaftsapparat sabotiert einen Streik. Sperner ließ bereits durchblicken, daß er und seine Kumpane einen Streik verhindern wollen, wenn es irgendwie geht.

Zum 100. Geburtstag Erich Mühsams

„Kamerad Mühsam"

Am 6. April jährte sich zum hundertsten Mal der Geburtstag Erich Mühsams. In seinem dichterischen Schaffen wie auch in seinen politischen Aktivitäten war er der Arbeiterklasse verbunden, auch wenn er nicht den Weg zur Kommunistischen Partei fand. Als die deutsche Bourgeoisie ihre blutige faschistische Diktatur errichtete, war Erich Mühsam einer der ersten, die die braunen Schergen holten. Am 10. 7. 1934 haben sie ihn im KZ Oranienburg ermordet. Im folgenden veröffentlichen wir einen Nachruf, den F. C. Weißkopf 1934 auf Erich Mühsam schrieb.



Erich Mühsam

Ich sehe ihn noch vor mir, wie ich ihn zum letztenmal gesehen habe. Es war wenige Tage vor dem Reichstagsbrand auf der letzten öffentlichen Veranstaltung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller. Ossietzky hatte gesprochen und Rudolf Olden und Heinz Pol. Und dann kam Mühsam an die Reihe. Hemdsärmelig, die Krawatte verrutscht, die roten Haare in Unordnung (kurz, „in gewohnter Rednertenue"). Er sprach, gestikulierte, schrie seine Empörung, seinen Haß gegen den Krieg in den Saal hinein. Er wetterte gegen rechts. Er wetterte aber auch gegen links. Gegen die „verbohrten Marxisten", gegen die „Verachtung der direkten Aktion"..., er wetterte, wie so oft, gegen die, mit denen er doch zum Schluß zusammenging, wenn es hieß rot oder braun. Rot oder schwarz, rot oder rosarot. Wie oft hat er uns seine „freundlichen Feinde", seine „mißratenen Kinder" genannt, wenn wir mit ihm aneinandergerieten: bei den Versammlungen der Schriftsteller, bei den Kundgebungen gegen Kulturreaktion, bei den Veranstaltungen der Volksbühnenopposition, bei Konferenzen, bei Verbandstagen. Er war uns trotzdem ein guter Kamerad, und über alle politischen Gegensätze hinweg verband ihn mit uns (mit Kisch und Anna Seghers und Ludwig Renn und Johannes R. Becher und den andern vom Bund proletarischer Schriftsteller) eine ehrliche Freundschaft.

Er war Anarchist. Er wollte vom wissenschaftlichen Sozialismus nicht viel hören. Er hatte nichts übrig für die straffe Disziplin der Kommunisten; ihn zog es mehr zu den Rebellanten, zu den Entwurzelten hin. Er war Empörer, nicht überlegter Revolutionär. Er führte sozusagen einen Partisanenkrieg auf eigene Faust. Aber die Feinde, gegen die er diesen Krieg führte, waren auch unsere Feinde: Spießertum und Profitwirtschaft, Reformismus und Faschismus, die kapitalistische Welt in allen ihren Repräsentanten. Und ihn traf, genau so wie uns, der Haß jener kompakten Front von Bloem und Johst bis Schönlank und Barthel (welch letzterer sich folgerichtig vom sozialdemokratischen Parteipoeten zum Hofdichter Hitlers entwickelte, in welcher Funktion er seinen „emigrierten Kollegen" versicherte, es wäre ihnen nichts geschehen, wenn sie Deutschland nicht verlassen hätten).

Er war kein großer Politiker, obwohl er sich viel lieber für einen solchen denn für einen Dichter hielt. Er war kein großer Politiker, obwohl er unermüdlich politisch arbeitete: in Schriftstellerorganisationen, in anarchistischen Zirkeln, als Mitarbeiter zahlreicher Zeitschriften, als Herausgeber des „Kain", des „Fanal" usw. Er war kein großer Politiker, obwohl er an der Errichtung der Münchener Räterepublik teilhatte und zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Nein, er war kein großer Politiker, so gern er es auch gewesen wäre. Aber er war immer ein tapferer Kämpfer. Nicht umsonst schrieb er im Gefängnis trotzige Gedichte mit dem Refrain: „Sich fügen heißt lügen!"

Seine Gedichte wurden in Arbeiterversammlungen oft und gern zitiert. Die Verse, die er dem toten Lenin zum Gedächtnis schrieb, gehören zum dauernden Bestand der deutschen proletarisch-revolutionären Literatur.

Auch als Dramatiker hat er sich versucht. Sein bedeutendstes Werk auf diesem Gebiet war das Schauspiel „Judas" — eine scharfe Abrechnung mit den Noske- und Eberttypen.

Gleich nach dem Reichstagsbrand wurde er verhaftet. Er hat die Freiheit erst als Toter wiedergesehen.

Vor kurzem erreichte uns der Brief eines Genossen, der mit Erich Mühsam zusammen im Zuchthaus Brandenburg saß. Er berichtete von unmenschlichen Quälereien, denen Mühsam dort unterworfen wurde. Man zwang ihn, die Abortkübel eines ganzen Traktes zu reinigen. Man schlug ihn so lange, bis er buchstäblich ertaubte. Man riß ihm Bart und Haupthaar büschelweise aus. Zwei SA-Männer hielten ihn fest, zwei andere öffneten ihm mit Gewalt den Mund, ein fünfter rotzte hinein! Nacht für Nacht wurde er geprügelt. Er sollte das „Horst-Wessel-Lied" singen. Er sang es nicht. Er sang, als er schon ganz zerschlagen, als er schon halb tot war, „Die Internationale". Er wurde nicht von „untergeordneten Organen" und „ohne Wissen höherer Stellen" gequält. Joseph Goebbels selbst hat einmal das Wort geprägt: „Dieses rote Judenaas muß krepieren!"

Der blutrünstige Zwerg hat sein Wort wahr machen lassen. Erich Mühsam ist tot. Daß er sich erhängt hat, mag sein Mörder Goebbels dem Mikrophon erzählen, sonst aber niemand.

In dem letzten Brief, der uns über Mühsam Auskunft gibt, waren ein paar Worte von ihm mitgeteilt. Sie lauten: „Weißt du, vor dem Sterben habe ich keine Angst, aber dieses langsame Hinmorden, das ist das Grauenhafte. Trotzdem mache ich nicht selbst Schluß, niemals!"

Erich Mühsam ist tot. Sein Name schließt sich der langen Namensliste an, auf der die Namen von John Scheer, Eugen Schönhaar, Erich Steinfurth, Ernst Putz, Erich Baron, Franz Braun...3 500 ermordeten deutschen Antifaschisten stehen.

Er wird nicht vergessen werden. Man wird sich seiner erinnern, gut erinnern, wenn der (gar nicht mehr so ferne) Tag kommt, an dem Gericht gehalten wird über die blutigen Banditen, die sich Führung des Dritten Reiches nennen. An jenem Tag wird auch der Name Erich Mühsam in die Waagschale der Schuld geworfen werden. Und auch sein Name wird im Knattern der Salven widerhallen, die den — bis dahin noch nicht von ihrer eigenen Kameraden Hand gemetzelten — Gangstern im Braunhemd gelten werden.

Nieder mit der bauernfeindlichen Gebietsreform

Korrespondenz. Wie die Werktätigen auf dem Lande ausgeplündert werden, zeigen folgende Beispiele aus Nordbayern. In dieser ländlichen, industriearmen Region gibt es überdurchschnittlich viel Armut, sehr hohe Arbeitslosenquoten und unvergleichbare soziale Mißstände.

Ein Beispiel für modernes Bauernlegen: Bauer S. hat 7 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Seit 13 Generationen sitzt seine Familie auf dem Hof, den er jetzt aufgeben muß. Seit 20 Jahren ist er Nebenerwerbsbauer, weil der Ernteertrag des Hofes seine Eltern, seine Frau und seine vier Kinder nicht mehr ernähren konnte. Bis vor drei Jahren konnte er seine Familie noch einigermaßen durchbringen. Dann kam die Flurbereinigung und die Gemeindereform — vorher war er schuldenfrei, jetzt hat er bei der Raiffeisengenossenschaft 50.000 DM Schulden.

Das Ganze kam so: Auf seinem Hof hielt er 20 Rinder und 30 Schweine, die er aus eigenen Beständen füttern konnte. Nach der Flurbereinigung kam zuerst eine Rechnung über 13.000 DM Erschließungskosten. Die Raiffeisenkasse „half". Und sie „half" weiter, als er einen neuen Traktor brauchte, weil sein alter Traktor für das hügelige Ackergelände, das er jetzt zugeteilt bekam, nicht mehr tauglich war. Als Sicherheit mußte er bei der Raiffeisenkasse einen Vertrag unterschreiben, wonach er für fünf Jahre Hybridmaissaatgut von der Raiffeisengenossenschaft kaufen muß und seine Maisernte zu festen, aber zu sehr niedrigen Preisen dorthin zurückverkaufen muß. Ausreichend Futter für sein Vieh konnte er jetzt nicht mehr selbst produzieren, sondern mußte es kaufen. Bei der Bilanz am Jahresende war klar: Seine Familie und er hatten das ganze Jahr für ein Taschengeld bis in die Nacht geschuftet.

Gleich nach der Flurbereinigung kam die Gemeindegebietsreform. Sein Dorf gehört jetzt in eine Großgemeinde und liegt in einem neuen, viel größeren Landkreis mit einer neuen Kreisstadt, die 25 km weg ist. Das Bürgermeisteramt im Dorf wurde geschlossen, die Post mit dem öffentlichen Fernsprecher und die Dorfschule wurden ebenfalls geschlossen und die Freiwillige Feuerwehr aufgelöst und in die neue Großgemeinde verlegt. Wegen jedem Antrag, wegen jedem Formular muß er jetzt einen kilometerweiten Weg in Kauf nehmen. Sein jüngster Sohn, der noch zur Schule geht, sitzt jeden Tag 3 1/2 Stunden im Schulbus; das kostet 60 DM im Monat. Zur Dorfschule hatte er früher hundert Meter zu gehen.

Aber die Zerstörung der dörflichen Gemeinschaft ging noch weiter. Die meisten Straßen wurden aufgerissen, Erdgas, Strom und Wasser aus dem neuen „Energieverbund" verlegt. So hatten es die Ratsherren der Großgemeinde beschlossen. Sie verschickten dann auch die Rechnungen: ca. 8.000 DM Erschließungskosten für jeden Haushalt. Wieder mußte die Raiffeisenkasse „helfen".

Natürlich gab es Proteste der Bevölkerung. Die Werktätigen lehnen die Gebietsreform entschieden ab, streichen z. B. auf den Ortsschildern die Namen der Großgemeinde durch, gründen Initiativen usw. Aber gegen die Verelendung der Bauern, gegen die Zinsknechtschaft und Zerstörung der dörflichen Gemeinschaft bilden einzelne örtliche Proteste keine Perspektive für die Zukunft. Unsere Partei weist allen Werktätigen in Stadt und Land den einzigen Ausweg: Stadt und Land — Hand in Hand für ein sozialistisches Deutschland!

Gemeindegebiets-Reform in Frankenwald: Drei Beispiele

Ein Bauer in meinem Dorf bekam von der Gemeinde eine Stromrechnung. Nach dem Ausbau einer Straße, die an einem seiner Felder vorbeiführt, wurden Laternen aufgestellt. Sie beleuchten jetzt nachts die Straße, und seinen Acker. Und nun soll er als Anlieger für den verbrauchten Strom aufkommen. Er hat sich über den Amtsweg beschwert, den Bürgermeister aufgesucht — ohne Erfolg. Aber er versichert, daß er auf keinen Fall zahlen wird, sondern im äußersten Fall die Lampenröhren zerstören will!

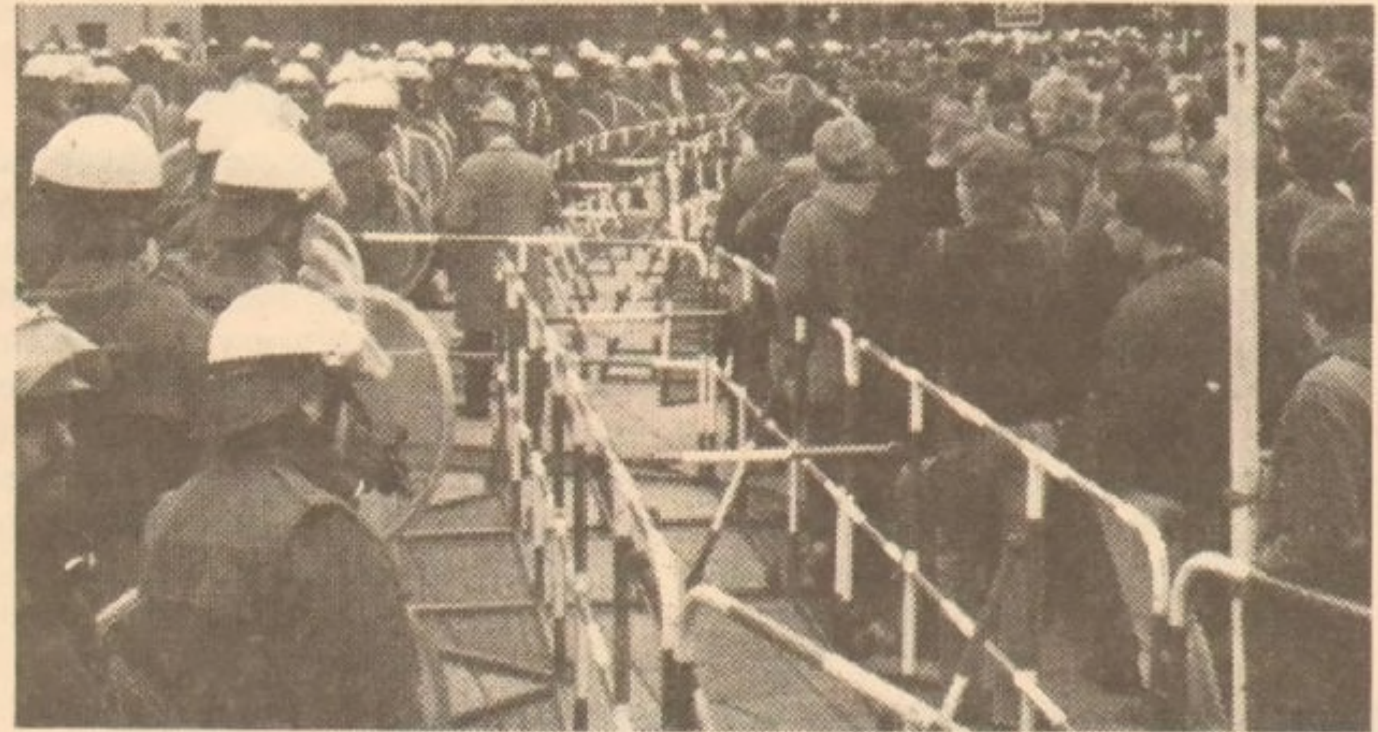
In einem anderen Dorf in der Nähe gab es drei Monate kein Wasser. Warum? Bei der Gemeindegebietsreform wurde es einem anderen Landkreis zugeschlagen. Die Wasserversorgung fiel dadurch in den Bereich eines anderen Wasserwerkes, das die bisherige Versorgung aufkündigte und versprach, das Dorf ans eigene Netz anzuschließen. Die Herrschaften haben leider vergessen, daß man im Winter keine Rohre verlegen kann. So war die Bevölkerung auf die alten Brunnen angewiesen, die wieder renoviert wurden. Das Wasserwerk hat allerdings nicht darauf verzichtet, die Grundgebühren für diese drei Monate zu erheben. Bezahlt hat jedoch keiner!

Die Verbindungsstraße zwischen zwei Dörfern ist ein geteerter Feldweg, zugelassen für 2 t Gesamtgewicht. Trotzdem wird diese Straße täglich viermal von vollbesetzten Schulbussen befahren. Der Grund: Der Landkreis zahlt nur für die kürzeste Verbindung Zuschüsse. Die Folgen: Die „Straße", die an einem Hang entlangläuft, hat sich abschüssig gesenkt. Die Maßnahmen der Verantwortlichen: Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km! Ob es jetzt vielleicht nur 10 anstatt 20 oder 30 Tote geben wird, wenn die Katastrophe eintritt?

Göttingen

Tausend Antifaschisten gegen NPD-Kundgebung

Für Samstag, den 15. 4., hatte die NPD erneut zu einer Wahlkundgebung in Göttingen aufgerufen. Die Faschisten wollten, wie sie selbst verkündet hatten, „Rache nehmen" für die Sprengung ihrer letzten Kundgebung Mitte Februar. „Es ist nicht das letzte Wort gesprochen, wer auf die Dauer in Göttingen die Straße behaupten wird" — so schrieben sie. Es ist klar, daß sich dagegen Widerstand regte.



Spanische Reiter und ein riesiges Polizeiaufgebot zum Schutz der Faschisten.

So fand auf dem Kundgebungsplatz vor der Stadthalle eine antifaschistische Protestversammlung statt, zu der u. a. auch unsere Partei aufgerufen hatte. Insgesamt nahmen daran wohl knapp tausend Menschen teil, also mehr als beim letzten Mal. Trotzdem war es leider nicht möglich, die Nazikundgebung zu verhindern, da sie von einer Unmenge Polizisten geschützt wurde. Mehrere Hundertschaften aus anderen Städten waren in Göttingen zusammengezogen worden, sogar aus Oldenburg.

Wenn die Kundgebung auch nicht verhindert werden konnte, so wurde sie doch sehr stark gestört: Antifaschistische Parolen, die zunächst von unseren Genossen angestimmt worden waren, und viele Trillerpfeifen, die wir teilweise verteilt hatten, machten es die meiste Zeit unmöglich, auf dem Platz die Nazihetze zu verstehen.

Von seiten der Antifaschisten flogen Knallkörper und Farbbeutel: Manche Nazis waren bald außen genauso braun wie innen. Insgesamt war die Kundgebung für die NPD ein Schlag ins Wasser, auch wenn sie mit Steinwürfen gegen uns vorgingen und die Polizei kurz vor Schluß den Platz räumte. Es bildete sich noch ein Demonstrationszug, der in der Innenstadt die Empörung der Göttinger Antifaschisten zum Ausdruck brachte.

Die antifaschistische Aktion war ein schöner Erfolg, besonders auch, weil SPD, DKP, DGB, verschiedene Opportunisten- und Spontigruppen zu einer anderen „Gegenkundgebung", fernab von den Faschisten, aufgerufen hatten. Dort waren etwa 500 Leute erschienen, von denen dann anschließend ein Teil (z. B. der KBW) zur Stadthalle zog und sich am aktiven Kampf beteiligte.

Spenden

In den Monaten Februar und März gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die Partei

9.2., M. J., Oldenburg	30,—
13.2., Arbeitertreff, Kiel	50,—
13.2., Brechtabend, Kiel	30,45
23.2., Kunden Buchladen RM, Köln	35,—
6.3., T. K., Stuttgart	1.000,—
8.3., Sylvestersammlung, Kiel, Rest	104,55
8.3., A. E., Hamburg	2.000,—
8.3., RAKT-Sammlungen, Gießen, Marburg 77	131,67
9.3., O. M., Düsseldorf	36.89
9.3., Spende beim Litverkauf, Düsseldorf	194,11
13.3., J. B., Bochum	200,—
15.3., Arbeitertreff HDW-Kiel, Februar	34,30
20.3., Kunden Buchladen „Roter Morgen", Stuttgart	200,—
insgesamt	**4.046,97**

II. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML

13.2., Spenden vom Stand in Kiel	90,55
20.2., Veranstaltung Konstanz zum 30.1.	87,—
23.2., W. H., Würzburg	149,—
1.3., P. K., München	50,—
6.3., W. H., Bad Nauheim	20,—
insgesamt	**396,55**

III. Sonstige Spenden

2.2., J. B., Essen, pol. Gefangene	20,—
3.2., P. K., München, RM	200,—
9.2., Doppelkopfrunde Münster, pol. Gefangene	250,—
14.2., Arbeitertreff Lübeck, Kampf gegen Reaktion und Faschismus	48,50
27.2., R. B., Gießen, für die Antifaschisten Köln/Kiel	116,23
1.3., P. K., München, RM	200,—
20.3., H. L., Reutlingen, RG	50,—
20.3., P. K., München, pol. Gefangene	50,—
29.3., RG Lingen, RG	60,—
insgesamt	**994,73**

Somit gingen insgesamt 5.438,25 DM Spenden ein. Wir danken allen Kollegen und Genossen herzlich für ihre Spenden.

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

Hamburg
Mammutprozess gegen neun Antifaschisten

Hamburg, Sievekingplatz. Im ersten Stock des Strafjustizgebäudes liegt der sogenannte „Affenkäfig". Ein Gerichtssaal mit Glasscheiben zwischen Zuschauerbänken und Angeklagten. Mit automatisch schliessenden Türen. Der Groenewold-Prozeß findet hier statt. Ab 8. Mai ist ein weiterer Prozeß geplant. Vorsitzender Richter in diesem Prozeß ist ein Richter Schmidt, der bereits den Angeklagten Hoppe zu 10 Jahren Gefängnis verurteilte. Doch in diesem Prozeß geht es nicht um die RAF. Angeklagt sind neun Antifaschisten, die im August 76 gegen einen Kongreß gekämpft haben, den die Faschisten der NPD unter dem Motto „Vereint gegen den Kommunismus" mit verschiedenen ausländischen Faschistenorganisationen durchgeführt haben. Ausgerechnet am 8. Mai beginnt dieser Prozeß, an dem Tag, an dem die antifaschistischen Völker den Sieg über den Hitler-Faschismus errangen!



Hamburg, August 76: Terror der Polizei gegen Antifaschisten.

Ein Richter, der sich durch hohe Gefängnisstrafen bekannt machte. Ein Verhandlungsraum, der die Angeklagten wie „Verbrecher" von den Zuschauern abschirmt. Siebzehn Prozeßtage, an denen 26 Polizisten als Zeugen aussagen sollen. Wegen „der besonderen Bedeutung des Falles" sofort Verhandlung der Großen Strafkammer des Landgerichts, um den Angeklagten eine Instanz wegzunehmen und hohe Strafen aussprechen zu können. „Für alle Fälle" drei zusätzliche Zwangsanwälte, falls gegen einige Rechtsanwälte während des Prozesses ein Berufsverbot ausgesprochen werden sollte. All dies deutet darauf hin, daß die Klassenjustiz bereits ihr Urteil gesprochen hat: Sie will die Antifaschisten hinter Gitter bringen! Nur eine breite Solidarität, nur die kämpferische Unterstützung aller Menschen, die gegen Reaktion und Faschismus sind, wird verhindern können, daß die Klassenjustiz ihr Terrorurteil durchsetzt!

Diese Anklage ist eine Provokation für jeden Antifaschisten. Damals, am 7. August 1976 fand im Hamburger Kongreßzentrum der „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" statt, zu dem die faschistische NPD ihre Freunde aus England, Frankreich, Österreich und anderen Ländern eingeladen hatte. Alles unter Polizeischutz, alles mit Billigung des Hamburger Senats.

Die Empörung unter den Werktätigen war groß, mehr als 6.000 Menschen protestierten in verschiedenen Formen gegen das Faschistentreffen. Als die Faschisten am Mönckebrunnen einen Kundgebungsstand machen wollten, verhinderten einige hundert revolutionär gesinnte Menschen, daß die NPD-Redner zu Wort kamen. Die Polizei griff zum Schutz der Faschisten ein und griff sich durch brutale Knüppeleinsätze Demonstranten heraus.

Angeklagt sind jetzt nicht der Polizeipräsident oder seine verantwortlichen Einsatzleiter. Nicht die verantwortlichen Herren im Rathaus, die die Erlaubnis zum faschistischen Kongreß gaben und den Polizeischutz befahlen. Nicht die faschistischen Veranstalter, die nach wie vor Rassismus, Völkermord und Nazismus verherrlichen. Angeklagt sind die Antifaschisten. An ihnen soll ein Exempel statuiert werden! Man darf in diesem Staat nicht gegen den Faschismus kämpfen, die Nazis stehen unter Polizeischutz.

Allen Angeklagten wird Widerstand und (schwerer) Landfriedensbruch vorgeworfen, verschiedenen Antifaschisten Gefangenenbefreiung und Körperverletzung. Bei der Festnahme schob die Polizei ihnen Schlagstöcke und Holzknüppel unter. Es ist offensichtlich, die Bourgeoisie will sie mit diesen zusammengezimmerten Anklagen ins Gefängnis schicken! Verhindert diesen Angriff auf den antifaschistischen Kampf! Freispruch für die angeklagten Antifaschisten!

Erste Prozeßtermine: 8., 9., 10. Mai, jeweils 9 Uhr; Hamburg, Sievekingplatz 3, Saal 237 (1. Stock)

Wer ist angeklagt?

Frank L., 35 Jahre alt, kaufmännischer Angestellter. Seine Frau ist schwer körperbehindert. Er empörte sich über das Vorgehen der Polizei und soll eine „Gefangenenbefreiung" versucht haben.

Michael W., 31 Jahre alt, Metallarbeiter, Familienvater. Er wurde am Hauptbahnhof von der Bahnpolizei verhaftet. Polizeispitzel Koltermann hatte den Befehl dazu gegeben mit der Lüge, Michael habe einen (bis heute nicht auffindbaren) Polizisten schwer zusammengeschlagen. Michael wurde wegen seiner Gummiknüppelverletzungen ärztlich behandelt.

Uwe R., 30 Jahre alt, Elektriker. Uwe wurde in der Alsterdorfer Kaserne zwangsweise erkennungsdienstlich behandelt. Seine Schreie hörten andere Gefangene bis in die Zellen.

Jürgen P., 30 Jahre alt, Hafenarbeiter, Familienvater. Jürgen soll einer der „Anführer" gewesen sein, weil er den NPD-Stand einmal umgekippt haben soll. Ihm wird ein Knüppel untergeschoben. Jürgen wurde durch Chemical Mace (Sprühabstand 50 cm) so schwer verletzt, daß er im St.-Georg-Krankenhaus und im UKE behandelt werden mußte.

Wolfgang K., 30 Jahre alt, Schweißer, Familienvater. Ihm wurde im Gefangenentransporter von Polizeistiefeln das Nasenbein gebrochen. Wegen anderer Verletzungen am Wirbel, die durch Mißhandlungen entstanden sind, ist er heute noch in Behandlung.

Wolfgang A., 25 Jahre alt, Druckerlehrling. Er wurde im Schuhgeschäft „Citrock" verhaftet, weil ein Polizist behauptete, er sei bei der spontanen Demonstration dabei gewesen. Ihm wurde eine Gas-Spray-Dose untergeschoben.

Silke L., 25 Jahre alt, Mechanikerin. Silke wurde im Polizeigriff und an den Haaren von zwei Polizisten in den Transporter geschleift.

Thomas K., 24 Jahre alt, Student. Er wurde ebenfalls — am Boden liegend — weggeschleift und mißhandelt. Die Polizeizeugen sind sich uneinig, ob er einen roten oder schwarzen Sturzhelm getragen haben soll — sicher ist aber für die, daß er einen Polizisten geschlagen hat. In seinem Festnahmebericht wird ein Polizeizeuge genannt, der gar nicht dabei war.

Torsten S., 19 Jahre alt, Elektriker. Er wurde gleich zu Beginn des Polizeieinsatzes abgeführt und mißhandelt, weil er als Motorradfahrer Lederjacke und Sturzhelm trug.

Berufsverbot für Renate Groos
Zwei Jahre Unterricht - der Staat fordert 71000 DM zurück

Man kann es kaum glauben: Die Lehrerin Renate Groos soll 71.627,80 DM an das Land Baden-Württemberg zurückzahlen, weil sie nach einem Berufsverbotsverfahren noch über zwei Jahre Unterricht leistete, bevor das Berufsverbot durch Gerichtsbeschluß rechtskräftig wurde. Diese Maßnahme der staatlichen Behörden bedeutet noch mehr als Berufsverbot, es bedeutet rücksichtslose finanzielle Ruinierung einer Familie!

Renate Groos erhielt wie ihr Mann Horst im Januar 1975 ein Entlassungsschreiben, weil sie am Trauermarsch zu Ehren des Genossen Günter Routhier teilgenommen hätten. Beide legten Widerspruch gegen die Entlassung ein. Die Partei hat das geplante Berufsverbot in Reutlingen breit bekannt gemacht. Nahezu 2.000 Unterschriften wurden gegen das Berufsverbot gesammelt. Renate Groos gewann aufgrund der breiten Unterstützung den Prozeß im Dezember 76. Die Klage von Horst Groos wurde abgewiesen — Berufsverbot!

Die Lehrerin Renate Groos blieb aufgrund des gewonnenen Prozesses in der Schule, gab wie gewöhnlich Unterricht. Doch das Land legte Berufung ein. Im Juni 1977 kam es erneut zum Prozeß, diesmal vor dem Verwaltungsgericht in Mannheim, der höchsten Instanz. Das Gericht lehnte diesmal die Klage von Renate Groos ab — ebenfalls Berufsverbot. Rechtskräftig wurde das Urteil am 22. Juli 77, es bestätigte die Entlassung vom 1. 4. 75.

Jetzt, ein dreiviertel Jahr später, meldet sich das Landesamt für Besoldung und Versorgung, es verlangt das Gehalt für die Zeit von April 1975 bis Juli 1977 zurück! In dieser Zeit hatte Renate Groos ordnungsgemäß ihren Unterricht abgehalten wie jede Lehrerin. Sie hat gearbeitet und ein Anrecht auf ihr Gehalt, so denkt jeder. Nicht so der Staat, für ihn sind das „zuviel gezahlte Bezüge". Bis zum 31. März sollte sich Renate dazu äußern. Sie hat natürlich erklärt, daß sie nichts zurückzahlen will.

Nun geht es wahrscheinlich vor das Verwaltungsgericht. Bis zu vier Jahre kann der Kampf gehen. Vier Jahre Sorge, ob sie das Gehalt zurückzahlen muß. Denn das Geld ist natürlich aufgebraucht. Unter anderem für ihren Mann, der als arbeitsloser Lehrer weder Arbeitslosenhilfe noch Arbeitslosenunterstützung bezog. Man muß sich einmal klarmachen, was eine solche Maßnahme, sollte sie Erfolg haben, bedeutet: In Zukunft könnte kein Lehrer mehr gegen eine Entlassung Widerspruch einlegen und mit einer Klage vor das Verwaltungsgericht gehen. Er müßte damit rechnen, daß er sein Gehalt für die Zeit, in der er dann noch bis zum Prozeß unterrichtet, zurückzahlen muß. Praktisch wäre damit der Rechtsweg gegen Entlassungen abgeschafft! Eine faschistische Maßnahme, die die Praxis der Berufsverbote noch weiter verschärft. Deshalb ist es notwendig, diesen Angriff auf die Lehrerin Renate Groos breit bekannt zu machen. Weg mit den Berufsverboten! Solidarität mit Renate Groos!

Sowjetgeneral bei der GSG 9

Bonn. Der sowjetische Generalleutnant Loschkin hat am 16. Februar für eineinhalb Stunden die Terrortruppe GSG 9 besucht. Er sah sich dort einen Lichtbildervortrag über die Kommandoeinheit zum Einsatz gegen „Terroristen" an. Loschkin ist „Sicherheitsbeauftragter" für die Olympischen Spiele 1980 in Moskau. Offensichtlich planen die Sozialimperialisten ebenfalls den Aufbau dieser faschistischen Sonderkommandos nach dem „Modell Deutschland".

2.-Juni-Prozeß

Westberlin. Am 11. April begann in Westberlin der Prozeß gegen sechs angebliche Mitglieder der „Bewegung 2. Juni". Ihnen wird vorgeworfen, den CDU-Politiker Lorenz entführt und den Richter Drenkmann hingerichtet zu haben. Bereits bei der Eröffnung des Prozesses wurde augenscheinlich, daß das Gerichtsverfahren von vorneherein auf eine Aburteilung



In dieser mit Panzerglas gesicherten Kabine sitzen die Angeklagten im 2.-Juni-Prozeß in Moabit.

der Angeklagten ausgerichtet ist. Den Angeklagten wurden Zwangsanwälte zugeordnet. Durch den viermaligen Wechsel des Vorsitzenden Richters innerhalb von fünf Monaten wurde erreicht, daß der „bewährte" Richter Friedrich Geus den Vorsitz übernahm. So wurde bereits jetzt ein „Sondergericht" geschaffen.

Spendengelder beschlagnahmt

Tübingen. Das Regierungspräsidium in Baden-Württemberg hat die Sammlung von Geldern für die bewaffneten patriotischen Kämpfer in Zimbabwe verboten und mehr als hunderttausend Mark auf einem Spendenkonto des KBW in Mannheim beschlagnahmt. Dies ist ein unerhörter Angriff auf das Volk von Zimbabwe und die Menschen, die das Geld in der Bundesrepublik zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gespendet haben. Dieser staatliche Raub wird von dem Regierungspräsidium damit begründet, die Sammlung verstoße gegen die außenpolitischen Interessen der Bundesregierung und sei eine Einmischung in die Bemühungen der Bundesregierung, eine „friedliche Lösung" des „Rhodesien-Konflikts" zu erreichen. Raus mit dem Geld! Die Spenden gehören dem Volk von Zimbabwe!

„Bewährung" für Massenmörder

Hannover. Das Landgericht Hannover befand den ehemaligen SS-Oberscharführer Friedrich Rathje schuldig, 900 jüdische Männer, Frauen und Kinder in die Gaskammern geschickt zu haben. Das Urteil: zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung! Also ein verschleierter Freispruch für den 64jährigen Massenmörder! Dieses Urteil ist eine Provokation für jeden Antifaschisten, besonders wenn man es mit den zahlreichen Gefängnisstrafen für Menschen vergleicht, die gegen das Wiederaufleben des Faschismus gekämpft haben!

Prozeß in Aachen

Am 24. 4. findet im Eschweiler Amtsgericht, Kaiserstraße, Zimmer 17, ein Prozeß gegen ein Flugblatt der Partei statt.

Nazi-Archiv — verschlossen

Westberlin. Das „Document center" in Westberlin besitzt wichtige Akten aus der Nazizeit, vor allem Personalakten über die alten Nazis. So zum Beispiel die Namen von etwa zehn Millionen NSDAP-Mitgliedern. Das Archiv untersteht den amerikanischen Besatzern. Nach einem Bericht des NDR ist die Bundesregierung an einer Übernahme „nicht interessiert", da eine Veröffentlichung des Materials für verschiedene „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens kompromittierend wäre". Und welche „Persönlichkeiten"? Nach den Namen solcher Leute befragt, antwortete ein Schriftsteller, der Zugang zu dem Archiv hatte, daß unter anderem das Aktenpaket des früheren SS-Offiziers H. M. Schleyer über einen Meter dick sei. Das spricht wohl für sich.

Justizterror

Hagen. Am 10. 4. verurteilte das Hagener Landgericht den türkischen Studenten Hüsseyn D. zu 90 Tagessätzen à 10 DM. Die Klassenjustiz warf ihm Körperverletzung eines Polizisten, Gefangenenbefreiung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vor. Hüsseyn war als Ordner des türkischen Arbeiter- und Studentenvereins auf einer genehmigten Demonstration eingesetzt. Diese Demonstration wurde gemeinsam von türkischen Faschisten und der Polizei angegriffen und später von der Polizei unter Einsatz von Hunden aufgelöst. Mehrere Demonstranten wurden gebissen und verletzt. Dieser Prozeß ist nur Teil einer Prozeßlawine gegen den Verein, der so finanziell ruiniert werden soll. Der Verein rechnet bei allen Verfahren mit einer Belastung von etwa 10.000 DM!

Die Klassenjustiz trainiert

Westberlin. Das Staatsexamen für Gerichtsreferendare (d. h. für spätere Anwälte, Richter, Staatsanwälte) besteht unter anderem darin, bereits verabschiedete Justizfälle zu bearbeiten. In Westberlin wurde jetzt beim Examen ein Prozeß gegen den „Roten Morgen" durchtrainiert. Offensichtlich will die Justiz so ihren Nachwuchs auf die verschärfte politische Unterdrückung und die Verfolgung der kommunistischen Agitation und Propaganda vorbereiten. Außerdem will sie auf diese Weise schon bei der Prüfung die Kandidaten heraussieben, die sich nicht ihrer Aufgabe als Kommunistenverfolger voll bewußt sind.

Sachverhalt

Zu den Bundestagswahlen 1976 erscheint im Zentralorgan der KPD/ML Roter Morgen, ein Artikel, der sich mit dem Parlament auseinandersetzt. Der Autor ist nicht zu ermitteln. In dem Artikel heißt es u.a.: Das Parlament ist dazu da, um auseinandergejagt zu werden. Die Abgeordneten werden als "Huren des Kapitalismus" bezeichnet; sie seien "korrupt bis auf die Knochen". Ermittelt wird gegen Ernst Aust als verantwortlichem Redakteur (Hamburg) und Gernot Schubert (Essen) als Verleger und Redakteur.

Lösung:

Es sollte eine Anklageschrift entworfen werden. §§, nach denen sich beide strafbar gemacht haben sollen: 90a Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 90b; 90b Abs. 2,3 Nr. 3; 185; 194 Abs. 4; 25 Abs. 2; 52 StGB. Wert... auf Auf...

Freiheit für den „Roten Morgen"!

Für zwölf Nummern der Zeitung „Roter Morgen" verhängte das Gericht in Dortmund Freiheitsstrafen von zwölf und vier Monaten Gefängnis auf Bewährung gegen die beiden Redakteure Gernot Schubert und Karin Wagner. Und das ist nicht genug, die Strafe ist der Justiz noch zu niedrig. Der Staatsanwalt legte Berufung gegen das Urteil ein, er will eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung, er will die beiden Genossen sofort ins Gefängnis stecken! Am 18., 19., 21. April und am 2. Mai findet die Verhandlung statt, in der es um 16 Monate Haft geht.

Kommt zum Prozeß

18., 19., 21. April und 2. Mai, jeweils 9 Uhr, Landgericht Dortmund, Raum 201.

Solidaritätsveranstaltungen

Dortmund: 18. 4. 78, 20 Uhr, „Jakobsschänke", Weißenburgerstraße. Es spricht: Karin Wagner.

Bochum-Werne: 19. 4. 78, 19.30 Uhr, „Sporteck", Heinrich-Gustav-Straße 131. Es spricht: Gernot Schubert.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Von der revisionistischen DKP zur revolutionären KPD/ML

Liebe Genossen,
es ist ein langer Prozeß gewesen, bis ich erkannt hatte, welche Partei die richtige ist. Mein Ziel bei diesem Brief ist es gewesen, dem Leser des „Roten Morgen" darüber Eindrücke zu vermitteln.

Im Jahr 1972 las ich einige Zitate von Marx. Diese gefielen mir so gut, daß ich mich entschloß, Kontakt zu gleichgesinnten Menschen aufzunehmen. Eines Nachmittags rief ich bei der DKP an und fragte nach ihrer Zeitung. Man sagte mir, ich solle kommen. Von nun an holte ich die UZ...

Am 11. 9. 1973 brach in Chile ein Putsch aus. Die DKP-Führer behaupteten, „Maoisten" hätten den Putsch unterstützt. So versuchte die DKP auf ihre Weise, den „friedlichen Weg zum Sozialismus" zu rechtfertigen.

Im September 1975 wurden fünf Revolutionäre der FRAP und der ETA hingerichtet. Überall fanden Demonstrationen gegen die Franco-Faschisten statt. Nur von der DKP/SEW hörte man nichts.

Bei den bremischen Landtagswahlen 1975 forderte die DKP: „Preise runter, Löhne rauf!" Doch was passierte? In Polen brachen eine Reihe von Streiks aus, die von der Kommunistischen Partei Polens geführt wurden und eindeutig gegen Preiserhöhungen des Gierek-Regimes gerichtet waren. Damals tat ich das noch als konterrevolutionären Putsch ab.

Am 24. April 1976 beim SDAJ-Festival in Dortmund wurde ich Zeuge des Überfalls eines SDAJ-Schlägers auf eine Flugblattverteilerin der KPD/ML. Dann hörte ich von einem Besucher, daß an anderer Stelle eine Schlägerei im Gange sei. Ich bin der Sache später nachgegangen. Die SDAJ'ler sagten jedoch, da sei nichts gewesen. Erst als ich mir später das RM-Album von 1976 kaufte, wurde ich gewahr, was wirklich war.

Im Juni/Juli 1976 führte die DKP eine Spanienveranstaltung durch, bei der KPD/ML-Genossen die antifaschistische APEP verkauften. Ich bekam für einige Momente Zweifel an der DKP-Politik. Denn hier wurde entlarvt, was Carrillo für ein Verräter ist.

Bei den Wahlen von 1976 forderte die DKP wiederum Preisstopp. Und wieder brachen in Polen Streiks aus, die gegen Preiserhöhungen gerichtet waren. Meine Zweifel an der DKP wuchsen.

Dann kam die Verhaftung des Kommunisten Bernd Hübner in der DDR, der erst durch die Solidarität der Werktätigen unter Führung der KPD/ML freigekämpft wurde.

Im April - Mai 1977 war ich enttäuscht über die mageren Lohnerhöhungen der IG-Bau-Steine-Erden, die lumpige 7,2% betrugen. Jahrelang hatten die DKP-Revisionisten versucht, mich auf Gewerkschaftslinie zu bringen. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit der SDAJ-Gruppenleiterin über die Gewerkschaft.

Wie kam es zum Trennungsstrich?

Dann fing ich an, mich mit der KPD/ML-Politik zu beschäftigen und holte mir schließlich von Woche zu Woche den „Roten Morgen". Was für ein Unterschied gegenüber der UZ! Hier wurde keine DGB-Linie gepredigt! Aber nicht nur das waren meine Gründe.

Ich fand es nicht richtig, daß gegen Stalin gehetzt wird, ebenso wie gegen Mao Tsetung und Enver Hoxha. Hinzu kam die Verhaftung Bernd Hübners und die Leugnung der gewaltsamen, bewaffneten Revolution. Ebenso die AKW-Sache der DKP: Hier soll man gegen AKW's kämpfen, während sie in der DDR massenhaft gebaut werden und dann noch als „sichere AKW's" gepriesen werden. Ich verurteilte auch, daß der „Rote Morgen" in der DDR nicht legal erscheinen darf.

Außerdem werden viele Lieder von den Sozialfaschisten entstellt oder gar nicht mehr gesungen wie z. B. das „Lied über Stalin", das Lied der Partei und Lieder, bei denen die gewaltsame Revolution hervorgehoben wird, werden erst recht nicht gesungen.

Ebenso die Leugnung der deutschen Nation. Zu Lebzeiten Stalins hat die SED noch für ein vereintes, sozialistisches Deutschland gekämpft. Damals bei Stalin gab es keine Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht an der Grenze. Dennoch höhnen die DKP-Führer: „Der Prüfstein eines jeden Kommunisten ist seine Haltung zur Sowjetunion hat Ernst Thälmann gesagt." Gewiß, aber als Thälmann dies sagte, da war die Sowjetunion auch noch sozialistisch. Da war auch noch Stalin an der Macht. Doch das wird merkwürdigerweise nicht erwähnt, während Albanien das Erbe Stalins hochhält.

Weswegen Hinwendung zur KPD/ML?

Die KPD/ML ist die einzige wirklich kommunistische Partei, die konsequent für die gewaltsame sozialistische Revolution in Ost- und Westdeutschland kämpft. Bei der KPD/ML hört der Sozialismus nicht bei Marx, Engels und Lenin auf, wie es bei der DKP der Fall ist. Die KPD/ML kämpft auch in der DDR für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Ich habe das RM-Pressefest in Hamburg besucht, und ich muß eingestehen, daß es die revolutionärste Veranstaltung war, die ich je erlebt habe. Sehr gut war das Theater-Festival, das nach 50 Jahren erstmals wieder veranstaltet wurde. Die AP-Trupps der KPD/ML kämpfen wirklich an der Seite der Arbeiterklasse und sind keine verpopten und verbürgerlichten Gruppen wie Lok Kreuzberg, Puhdys und andere SDAJ-Gruppen. Ebenso die deutsche Kultur. Hier wird sie hochgehalten, während sie von der DKP/SED geleugnet wird. Statt dessen importiert die ehemals sozialistische DDR die gleiche Pop-Kultur wie sie in der Bundesrepublik zu finden ist.

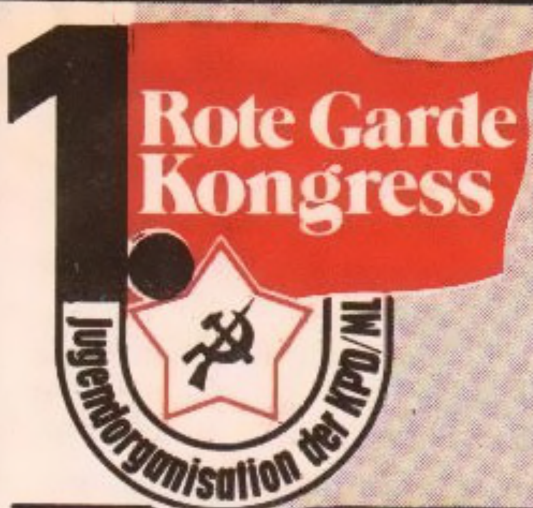
Übrigens — vier Tage nach meiner Distanzierung von der DKP (die Austrittserklärung hatte ich einem Revisionisten direkt ins Haus geschickt) kam ein DKP-Schläger zu mir: „Komm, ich geb' Dir einen aus!" — Als wenn man den Verrat am Sozialismus mit einem Glas Bier wieder gut machen könnte!

Am Schluß seines Briefes fordert der Bremer Genosse die Mitglieder der DKP/SEW auf, sich mit den Werken der Klassiker zu beschäftigen und empfiehlt ihnen außerdem besonders den Band 19 der ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha „Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus" zu lesen und — natürlich — „sich von der durch und durch bürgerlich-faschistischen DKP loszusagen".

(Anmerkung der Redaktion: Der Brief ist aus Platzgründen leicht gekürzt.)

Schluß mit der Rattenplage!

Im Dortmunder Trabantenstadtteil Scharnhorst sind die Bürger einer Rattenplage ausgesetzt. Deshalb hat sich am 3. 4. 1978 unter folgenden Losungen der „Aktionskreis gegen die Ratten" gegründet: Schluß mit der Rattenplage in Scharnhorst! Öftere Leerung der Mülltonnen durch die Stadt — sofort! Bessere Rattenbekämpfung durch das Gesundheitsamt — sofort! Die Stadt und die Wohnungsbaugesellschaften müssen die Drainagen in Ordnung bringen! Überprüfung des Heizungsrohrsystems durch die Fernwärme Niederrhein!



Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

Kommt zur Großveranstaltung und zum Pfingstlager der Roten Garde!

Jeder Lehrling, Jungarbeiter, Schüler, Student, Soldat und arbeitslose Jugendliche, der es satt hat, im Kapitalismus getreten, unterdrückt, bevormundet und ausgebeutet zu werden, ist herzlich eingeladen zur Großveranstaltung und zum Massenzeltlager der Roten Garde. Auf unseren Veranstaltungen haben keine Bosse und Bonzen das Wort, da ist es niemandem gestattet, uns das Blaue vom Himmel herunter zu lügen. Bei uns, da hat die werktätige Jugend das Wort.

Da kommen unsere Probleme auf den Tisch. Da wird über die zum Himmel schreiende Jugendarbeitslosigkeit gesprochen, da werden die Schindereien in den Betrieben angeprangert, der Leistungsterror und die politische Unterdrückung in den Schulen und Universitäten, der Drill und die Schikane bei der Bundeswehr. Die Rote Garde nimmt kein Blatt vor den Mund, sie nennt die Dinge beim Namen.

Der I. Kongreß wird das Jugendkampfprogramm der Roten Garde verabschieden. Dieses Programm gibt eine klare und deutliche Antwort auf unsere Fragen: Wie müssen wir kämpfen, um den Kapitalismus in Deutschland zu stürzen? Wie können wir ein neues 33, die erneute Machtergreifung des Faschismus verhindern? Wie einen imperialistischen Krieg verhindern? Was bringt der Sozialismus der Jugend und der Arbeiterklasse? Was ist der Kommunismus?

Auf der Großveranstaltung in Düsseldorf stellt die Rote Garde das Jugendkampfprogramm vor. Du kannst es dir kaufen und du wirst sicherlich viel Zeit und Gelegenheit finden, um mit den Genossen der Roten Garde näher über deine Fragen zu sprechen.

Was dich sonst noch alles erwartet:

● Gäste aus der ganzen Welt werden Pfingsten dabei sein: Genossen unserer Bruderorganisationen aus Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, England, Griechenland, dem Iran, Brasilien, Chile und aus Afrika. Eingeladen ist außerdem eine Delegation aus der SVR Albanien. Die Genossen vom Verband der Jugend der Arbeit Albaniens werden uns viele Dinge über das Leben und den Kampf der Jugend im Sozialismus zu berichten haben.

● Im Zeltlager gibt es ein Lagerkino mit spannenden, revolutionären Filmen.

● Ein großes Lagerfeuer;

● Ein großes Theater- und Folklore-Festival unter freiem Himmel. Es treten auf: die „Rote Kolonne" aus Frankfurt mit ihrer Kulturkampfrevue „Es ist nicht alles Gold, was glänzt", der Agitproptrupp „Roter Pfeffer" aus Westberlin, die „Stechmücke" aus Köln, die „Elbspeelers" aus Hamburg, die „Rotkehlchen" aus Westberlin, die Volkstanzgruppe „Slürdanz" aus Dortmund sowie die Volkstanzgruppe der Roten Garde Düsseldorf und weitere Überraschungen warten auf euch.

● Literatur und Informationsstände der Roten Garde mit vielen, vielen Neuerscheinungen. Unter anderem: das Jugendkampfprogramm und Statut der Roten Garde, das neue Jugendmagazin, das neue Emblem der Roten Garde ist als Anstecknadel zu kaufen und, und, und...

● Sportwettkämpfe rund um das Zeltlager: Geplant ist ein Fußballturnier, Wettkämpfe im Tauziehen, eine Hindernisstaffel, Wald- und Geländeläufe, Kugelstoßen, Weitsprung usw.

● Für die Kleinen (Kinder ab fünf Jahren) stellen die Roten Pioniere, die Kinderorganisation der KPD/ML, im Zeltlager ein buntes, lustiges und spannendes Kinderprogramm auf die Beine.

Hurra, wir haben einen Zeltplatz!

Als wir das gestern hörten, fiel uns Düsseldorfer Rotgardisten ein dicker Stein vom Herzen. Anfang Februar stellte uns nämlich die Partei die Aufgabe, im Umkreis von Düsseldorf einen Zeltplatz für das große Pfingstzeltlager zu suchen. Wir machten uns gleich an die Arbeit und klapperten erstmal die Campingplätze ab. Aber für so viele Leute hatten die keinen Platz, weil sie fast nur Dauercamper haben.

Also trommelten wir die Rote Garde zusammen und beschlossen, Samstag nachmittag rauszufahren aufs Land und die Bauern zu fragen. Wir hatten eine große Karte und schnitten für jeden Trupp ein Stückchen aus.

Auf dem Kartenabschnitt von unserem Trupp war viel freies Land und wir dachten, wir finden bestimmt eine Wiese. Obwohl es ziemlich am Schneien war, trafen wir die Bauern gleich auf ihren Höfen beim Arbeiten an. Alle waren sehr freundlich, als wir erzählten, wer wir sind und was wir wollten — aber sie hatten keine Wiesen. Hier in der Gegend, sagte man uns, haben viele Bauern ihre Weiden umgemacht, weil sich das Vieh nicht mehr rentiert. Sie schickten uns weiter zu den Bauern, die noch Wiesen haben, aber die Wiesen waren zu klein, oder sie brauchten sie selber für die Kühe, die Pfingsten nicht mehr im Stall sind. Zum Glück hatte ein anderer Trupp an dem Tag was gefunden. Ein Reitstallbesitzer wollte uns eine Wiese vermieten.

Nach einiger Zeit hörten wir dann von der Zentrale, daß diese Type ein Betrüger war. Es ist ihm nämlich vom Amt unter Strafe verboten, noch mal Zeltlager zu machen, weil sein Gelände Landschaftsschutzgebiet ist, und da ist Zelten verboten. Nur noch acht Wochen, jetzt aber Dampf dahinter.

Diesmal zogen mit Unterstützung der Parteigenossen wieder Trupps mit einem Stück Landkarte los. Und schöne Wiesen fanden wir gleich mehrere. Aber es stellte sich heraus: alles im Landschaftsschutzgebiet. Wir bemühten uns bei der Stadt um die Rheinwiesen, aber: Es gibt ein Gerichtsurteil, wonach Zelten dort verboten ist (wir könnten ja den Rhein verpesten).

Wir lassen uns aber nicht unterkriegen. Am Samstag fahren wir noch mal alle raus in die Dörfer, wo wir noch nicht waren. Ein Bauer findet sich, er will es sich noch mal überlegen. Die Jahreszeit ist schlecht, der erste Schnitt vom Heu ist dann weg, was wird aus dem zweiten Schnitt? Wir besuchen ihn in der Woche, reden nochmal über dies und jenes. Bevor er sich entscheidet, will er noch mal im Dorf rumfahren, ob sich nicht was anderes findet. Er kennt sich aus, bringt uns zu einem Hof, wo ein Hügel verkauft werden soll. Wir werden uns schnell einig mit dem Besitzer: Pfingsten wird dort die rote Fahne wehen! (Korrespondenz)

Jugend für den Kommunismus

I. Kongreß der Roten Garde

Großveranstaltung, 13. Mai, 10 Uhr, Stadthalle Düsseldorf

Pfingstzeltlager der Roten Garde:

vom 12. bis 15. Mai in Hofermühle/Heiligenhaus (Hofermühle liegt zwischen Düsseldorf und Essen).

Unkosten pro Person: 10 DM (Verpflegung inbegriffen). Schlafsack, Luftmatratze und Eßgeschirr sind mitzubringen. Vergeßt die Musikinstrumente nicht! Mitfahrgelegenheit bei der Roten Garde oder in den Parteibüros der KPD/ML erfragen.

Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde!

Der I. Kongreß der Roten Garde steht vor der Tür. Natürlich kostet die Vorbereitung viel Geld. Und natürlich ist Geld gerade bei unseren jungen Genossen knapp. Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung — auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb rufen wir alle Leser des „Roten Morgen" auf: Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde auf die Konten: KPD/ML, Postscheckkonto 6420-467, Postscheckamt Dortmund, und: Vorstand der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, 321 004 547, jeweils unter dem Kennwort „Rote Garde"!

Nazibanden in der Bundesrepublik:

Der Schoss ist fruchtbar noch...

2. Dezember 1978, Köln: Zwei junge Männer dringen in die Wohnung eines Kaufmanns ein, schlagen ihn nieder, durchsuchen die Wohnung. Beute: 65.000 Mark. 19. Dezember, Hamburg: Zwei maskierte Männer stürmen mit einer Maschinenpistole bewaffnet in eine Filiale der Hamburger Sparkasse. Sie rauben 25.000 Mark. In der Nacht zum 5. Februar 1978: Auf dem Manövergelände Bergen-Hohne stürmen drei Männer, schwarz gekleidet, mit Kampfstiefeln, das Zelt von holländischen Soldaten und rauben Maschinenpistolen.

Am anderen Tag in der „Tagesschau": „Waren die Täter Terroristen von der RAF?" Es waren in der Tat Terroristen! Nämlich Neo-Nazis aus Hamburg, die sich mit diesen Aktionen auf den bewaffneten Terror vorbereiteten. Diese Nazibande rekrutiert sich aus der „Wiking Jugend", firmiert unter den Namen „NSDAP Gau Hamburg", „SA-Sturm 8. Mai" oder auch unter dem Tarnnamen „Freizeitverein Hansa". Mit Hakenkreuzschmierereien, Terror-Einsätzen gegen Antifaschisten, Propaganda für die Wiederzulassung der NSDAP terrorisiert diese Bande nahezu unbehelligt die Werktätigen. Ja, der 22-jährige ehemalige Leutnant der Bundeswehr Michael Kühnen, ebenfalls Mitglied dieser Nazi-Bande, kann ungestört von der Polizei eine „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) gründen, mit der er sogar an der Bürgerschaftswahl in Hamburg teilnehmen will.

Faschistische Terror-Kommandos

Wehrsportgruppe Hoffmann, Nürnberg, Almoshof, betreibt offen paramilitärische Übungen. Auf der Tübinger Veranstaltung warb Hoffmann für den Söldnereinsatz gegen das Volk von Zimbabwe.

NS-Kampftruppe Mainz, um die Familie Müller (Mainz, Am Grasweg 30). Müller baute 1975 auf seinem Grundstück eine Plakatwand auf mit der Forderung nach Aufhebung des NSDAP-Verbots und Wiederzulassung der SA und SS, nahm am Gründungstreffen der „NSDAP" 1975 teil. Sämtliche Mitglieder auf freiem Fuß.

Kampfgruppe Priem (Priem, jetzt wohnhaft Berlin-Wedding, Wriezener Straße 8) ist in Freiburg aufgetreten. Die Kampftruppe traf sich jede Woche zu Schießübungen. Auf ihr Konto gehen Hakenkreuz-Schmierereien, Schlägereien, Überfalle auf Antifaschisten. Priem kommt aus der DDR, war dort wegen Hakenkreuzschmierereien im Gefängnis. Er ist von der Bundesregierung freigekauft worden.

„Freundeskreis der NSDAP", Hamburg, aufgebaut von Wolf-Dieter Eckart. Eckart hat bereits 1969 den „Bund Deutscher Nationalsozialisten" gegründet, 1975 nannte er ihn „NSDAP-Gau Hamburg", wirkte mit bei der Organisierung der „Hansa"-Bande. Er hält Kontakt zur „Faschistischen Front" von Michael Borchardt.

„NSDAP und NSDAP/Auslandsorganisation", organisiert von dem Amerikaner Gary Rex Lauck. Bekannt geworden sind Aktivitäten in Westberlin, Frankfurt, München. Unter dem Tarnnamen „Schießklub Bocholt" trafen sich zur Neugründung der NSDAP 1975 auch Müller von der NS-Kampftruppe Mainz und die Hamburger Gruppe. Diese Organisation scheint inzwischen eine Art Dachverband der neonazistischen Terrorgruppen zu sein.

Eine Ausnahme? Ein Häuflein Unbelehrbarer? Nein! Je mehr sich die Krise verschärft, je mehr die Werktätigen kämpfen, um so aktiver werden die faschistischen Terrorbanden, um die Massen einzuschüchtern. Dabei drückt dieser angeblich demokratische Staat nicht nur beide Augen zu, sondern fördert und unterstützt in verschiedenen Formen ihre Terrortätigkeit.

Der faschistische Sumpf

Besonders augenfällig ist, daß die staatlichen Behörden versuchen, der NPD und anderen faschistischen Organisationen wie der „Deutschen Volksunion" des Nazis Frey den Deckmantel von „rechtsradikalen", aber „verfassungsgemäßen" Organisationen umzuhängen. So behaupten sie, die NPD habe nichts mit diesen offen faschistischen Gruppen zu tun. Die Tatsachen sprechen dagegen: NPD-Vorsitzender Mußgnug persönlich verteidigte den Terroristen Hoffmann im Tübinger Antifaschistenprozeß im Herbst 77. Der Nazi-Terrorist Priem war 1974 Landtagskandidat der NPD. Die gesamte „Hansa"-Bande setzt sich aus Jugendlichen zusammen, die Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten" sind oder der „Wiking Jugend" angehören. Hoffmann nimmt an Lagern der „Wiking Jugend" teil und war Mitglied der NPD. Immer wieder gibt es gemeinsame Auftritte. So feierten im Januar 76 NPD, AKON (Aktion Oder-Neiße), Wiking Jugend und Schönborns „Kampfbund Deutscher Soldaten" gemeinsam die „Reichsgründung"! Die erwähnte **„Wiking Jugend"** gehört zum sogenannten **„Freiheitlichen Rat"**. In ihm sind faschistische Organisationen zusammengeschlossen, die sich vor allem sehr aktiv in den revanchistischen Vertriebenenverbänden betätigen. Kern dieser Organisation ist die „Deutsche Nationalzeitung" mit Frey an der Spitze. Er leitet die **„Deutsche Volksunion" (DVU)**. Außerdem gehören dazu **„Aktion Oder-Neiße" (AKON), „Deutscher Block"** und dessen Jugendorganisation **„Jugendbund Adler"**, die **„Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter"**. Diese faschistischen Organisationen sind Sammelbecken für Neo-Nazis, reaktionäre, faschistische und revanchistische Elemente. Sämtliche Organisationen verbreiten faschistische Ideologie, kämpfen für die Rehabilitierung der Verbrechen des Nazi-Regimes. Bei Kampagnen wie „Freiheit für Rudolf Hess" genießen sie öffentliche Unterstützung Bonns bis hin zum Bundespräsidenten!

Vor allem aus den Jugendorganisationen dieses reaktionären Sumpfes, aus **„Junge Nationaldemokraten", „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), „Jungstahlhelm"** und **„Wiking Jugend"** rekrutieren sich die oben erwähnten offenen Nazi-Banden, die als konterrevolutionäre Stoßtrupps arbeiten. Militärisches Training, Schießausbildung, das Einimpfen der faschistischen Ideologie geschieht bereits in diesen Jugendverbänden. So wirbt die **„Wiking Jugend"** für „Brauchtumspflege, Gesunderhaltung des Körpers durch gesunde Lebenshaltung, Erziehung zur ‚Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit' (so nennt sich auch die SS-Nachfolgeorganisation HIAG), Willens- und Selbstzucht bis zur Gesittungspflege der weiblichen Jugend und Erziehung zum Wehrwillen der männlichen Jugend". Faschistischer Jargon! Und entsprechend ist das provokative Auftreten dieser Organisation. Jüngstes entlarvendes Zeichen: Im März 77 fand die Polizei beim stellvertretenden Gauführer der Wiking Jugend in Schleswig-Holstein acht Dolche, Patronengurte mit scharfer Munition und eine schußfertige Maschinenpistole.

Verbindungen zu den Revanchisten

Das gleiche beim **„Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ)**. Mitglieder dieser Organisation unterstützen Südtiroler Faschisten bei Bombenattentaten. Mitglieder dieser Organisation feierten am 17. 12. 77 in Berlin zusammen mit Nazis der „NSDAP" eine „Sonnenwendfeier", bei der unter einem Hakenkreuz der „Legion Condor", der Nazitruppe gegen die Spanische Republik gedacht wurde und Nazi-Lieder gesungen wurden. Diese offizielle Jugendorganisation des „Bundes der Vertriebenen" macht oft gemeinsam Lager mit der „Wiking Jugend". Vor allem über die Vertriebenenverbände, die mit Millionen aus Bonn Hunderttausende ihrer Mitglieder mit revanchistischer Propaganda bearbeiten, fließen so Gelder direkt zu den Neonazis. Denn faschistische und Neonazi-Gruppen sind oft gleichzeitig Mitglied in den Vertriebenenverbänden. Das Beispiel des Berliner BHJ spricht für sich.



Ex-Leutnant Kühnen marschiert mit der faschistischen Organisation „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" durch Hamburg.

Höhepunkte dieser Jugendlager sind Vorträge alter Nazi-Größen. Ein ständiger Gast: Herbert Böhme, Vorsitzender des **„Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" (DKEG)**, früher Präsident des Kulturwerks der SA, nach Brockhaus (1936) „führender dichterischer Gestalter nationalsozialistischer Ideen". Das DKEG war wesentlicher Initiator der „Aktion Widerstand". Den faschistischen Charakter dieser Organisation demonstriert die Namensliste der Veranstalter einer „Sonnenwendfeier" am Hermannsdenkmal 1969: „DKEG", „Wiking Jugend", „Deutscher Block", „BHJ", „Jugendbund Adler", „Stahlhelm", „Reichsbund Deutscher Frontsoldaten". Interessant ist, daß im „Verfassungsschutzbericht" weder BHJ noch DKEG als „rechtsradikale Organisationen" aufgeführt sind. Das ist verständlich, denn Mitglieder dieser Organisationen waren Gründungsmitglieder der „Deutschlandstiftung e. V.". Zum Beispiel der faschistische Professor Richthofen, Erich Maier, Prof. Münch. Zusammen mit Vertretern aus den Chefetagen der Monopolbourgeoisie (Siemens, Daimler-Benz, Flick-Gruppe...) und Vertretern aus dem Bundestag (darunter Strauß, Dregger usw.). Auch das Mitglied der Spionage- und Zersetzungsorganisation der SPD gegen die damals sozialistische DDR, Helmut Bärwald vom Ostbüro der SPD, war dabei. Bis 1972 saßen Faschisten in diesem Gremium offen mit Vertretern der Monopolbourgeoisie zusammen. Inzwischen sind die Verbindungen nicht mehr so offen, Kontakt und Finanzierungskanäle zur Monopolbourgeoisie und zum Staatsapparat sind verschlungener.

Der Staat unterstützt die Faschisten

Wesentlich ist die propagandistische Unterstützung der Faschisten durch den Staat. Schallplatten mit SS-Liedern in Kaufhäusern, das „III. Reich" an jedem Kiosk, der Film „Hitler — eine Karriere" und dazu Goebbels Tagebücher als Fortsetzungsserie im „Stern" — diese sogenannte „Hitler-Welle" ist eine öffentliche Ermunterung für Alt- und Neonazis, sich aus ihren Schlupfwinkeln hervorzuwagen. Nicht umsonst sagte der Nazi Kühnen bei der Gründungsversammlung der **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS)** vor der Kamera des ZDF, das diesen Faschistentreff auch noch breit propagierte: „Gerade auch die sogenannte Hitler-Welle hat doch zu einer Auflockerung der öffentlichen Meinung geführt." Für die faschistische Ideologie, meint dieser Bandit. Es vergeht kaum eine Woche, in der sich nicht im staatlichen Rundfunk und Fernsehen Neonazis äußern können. So konnte Kühnen in einem Rundfunkinterview öffentlich für die Wiederzulassung der NSDAP werben, der Nazi Christophersen im WDR behaupten, die Vergasung der Juden in Auschwitz sei eine Lüge.



Drei von zig faschistischen Zeitungen und Flugblättern

Und wie ist es bei Propaganda-Aktionen der Faschisten? Jedes öffentliche Auftreten der Faschisten, jeden Aufmarsch, jeden Propagandastand sichert dieser Staat mit starken Polizeitruppen. Ob in Düsseldorf, Göttingen, Bochum, Hanau, ob in Emsdetten, Kitzingen oder Hannover, überall wo in diesem Jahr Antifaschisten, darunter die Genossen unserer Partei, gegen die provokativen Auftritte der Faschisten kämpften, erlebten sie, daß starke Polizeitruppen die Neonazis und Faschisten schützten. Daß die Polizei die Provokationen der Faschisten ausnutzte, um mit Knüppeln, Chemical Mace und Greiftrupps die empörten Werktätigen zu terrorisieren, um Antifaschisten zu fassen und sie hinter Gitter zu bringen. „Wir konnten uns noch immer auf die Polizei verlassen" — sagte NPD-Bezirksvorsitzender Risse, ehemaliger Legion-Condor-Kämpfer im Kölner Antifaschistenprozeß aus. Das entspricht tatsächlich der Wahrheit.

Terrorgruppen gegen das Volk

Nicht zuletzt unterstützt dieser Staat den Terror der Nazibanden durch die stillschweigende Duldung der militärischen Aufrüstung der Faschisten. Da kann die sogenannte **„Wehrsportgruppe Hoffmann"** auf einem ehemaligen Schloß, das auf 25 Jahre von der Stadt Nürnberg gepachtet ist, mit Karabinern, Pistolen und Schlagwerkzeugen den konterrevolutionären Terror trainieren. Und die Waffensammlung? Genehmigt durch Waffenschein der Nürnberger Polizei! Da wurde 1974 in der Wohnung des Chefs der **„NS-Kampftruppe Mainz"** ein regelrechtes Waffenlager entdeckt: Gewehre, Pistolen, HJ-Dolche, Fahrradketten, Schlagstöcke und 2.600 Schuß Munition. Die Polizei gab die Waffen zurück. „Es lag eine Waffenbesitzkarte vor."

Alle diese faschistischen Terror-Gruppen sind bekannt, ebenso wie die Nazi-Initiativen von Thies Christophersen (**„Bürger- und Bauern-Initiative"**), von Schönborn (**„Kampfbund Deutscher Soldaten"**) und Roeder (**„Deutsche Bürgerinitiative"**), von Klaus Huscher (**Freundeskreis „Denk mit!"**). Doch diese offenen Vertreter der Nazi-Ideologie werden von der Justiz verschont. Keine Anklage wegen „krimineller Vereinigung"! Keine Anklage wegen Fortführung der NSDAP! Allein Roeder ist wegen der Organisierung des „Reichstages zu Flensburg" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden! Offensichtlich ein Zugeständnis an die massenhaften Proteste gegen das Auftreten der Neonazis. Zugleich aber ein Hohn für die zahlreichen Antifaschisten, die monatelang hinter Gitter mußten, weil sie gegen die Faschisten kämpften.

Der faschistische Sumpf von Alt- und Neonazis, die Nazibanden werden von der Monopolbourgeoisie und ihrem Staat bewußt gefördert. So war Quelle-Chef Schickedanz einer der Finanziers der Hoffmann-Bande. Denn diese Banden besorgen wie damals Hitlers SA für die Monopolherren die Geschäfte, die sie heute noch nicht durch ihre offiziellen Gewaltorgane, ihre Polizisten und Gerichte auszuführen wagen. Diese Banden sind nichts anderes, als der offenste, bewußt terroristische Vortrupp der Bourgeoisie, die mit ihrer Faschisierung des Staatsapparates, mit ihren Terrorgesetzen, mit ihren Polizeisonderkommandos die Unterdrückung der Werktätigen immer mehr verschärft. Darum können wir den Kampf gegen die Nazibanden nicht losgelöst vom Kampf gegen die Faschisierung dieses Staates führen. Denn es ist dieser angeblich demokratische Staatsapparat, der mit seinen Unterdrückungsmaßnahmen auf ein neues 33 zusteuert und die Nazibanden wie in einem Treibhaus pflegt und hegt. Verstärken wir unsere Anstrengungen, uns mit allen Antifaschisten zu einer Front gegen Reaktion und Faschismus zusammenzuschließen. Schluß mit der faschistischen Propaganda- und Pogromhetze! Kampf den Nazibanden! Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Aus aller Welt

Spanien
Neue Streikwelle

Mehr als 350.000 Arbeiter sind während der jetzt stattfindenden Tarifverhandlungen in den Streik getreten. Schwerpunkte der Streikbewegung waren die Metallindustrie, der Bergbau, die Druck- und die Textilindustrie. In einem unbefristeten Streik stehen seit der vorletzten Woche 90.000 Metallarbeiter in der baskischen Provinz Guipuzcoa. Am letzten Dienstag haben in Asturien 24.000 Bergarbeiter ebenfalls unbefristet die Arbeit niedergelegt.

Anfang des Monats zogen über 100.000 Metallarbeiter durch die Straßen von Madrid. Sie forderten die Wiedereinstellung von Kollegen, die wegen der Teilnahme an Streikkämpfen entlassen worden waren.

Griechenland
Massenprotest gegen Terrorgesetze

Die reaktionäre Regierung in Athen hat ein Bündel von Gesetzen angekündigt, mit denen nach Bonner Vorbild unter dem Mantel der „Terroristenbekämpfung" die Rechte der Werktätigen noch weiter eingeschränkt werden sollen. Gegen sogenannte „Terroristen" soll künftig sogar die Todesstrafe verhängt werden.

Gegen diese Gesetze kam es in mehreren Städten Griechenlands zu Demonstrationen und Protestkundgebungen. In Larissa kam es dabei zu heftigen Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen.

DDR — Iran
Beziehungen wieder normalisiert

DDR-Außenminister Fischer führte in der letzten Woche Gespräche mit dem Schah des Iran. Dabei ging es um die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Regimen in Ostberlin und Teheran. Nach einer vorübergehenden Besetzung der iranischen Botschaft in der DDR durch iranische Antifaschisten im Februar hatte der Schah seinen Botschafter aus Ostberlin zurückgezogen.

Jetzt verurteilte Fischer dem Schah gegenüber noch einmal ausdrücklich diese Aktion, mit der die Antifaschisten gegen Massaker des Schah-Regimes in der Stadt Täbris demonstrieren wollten. Fischer konnte auch darauf hinweisen, daß die Demonstranten von der Klassenjustiz des Honecker-Regimes zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Jetzt soll der iranische Botschafter in die DDR zurückkehren. Dem angekündigten Besuch des Schah bei Honecker steht nun wohl nichts mehr im Wege.

Ihdien — USA
CIA-Atomgenerator im Himalaya

Wie der indische Außenminister Vajpayee letzte Woche im Parlament von Delhi zugeben mußte, entsprechen Berichte einer amerikanischen Zeitschrift der Wahrheit, nach denen 1965 der US-Geheimdienst im indischen Teil des Himalaya eine gegen die VR China gerichtete Spionagestation errichtet hat. Der Atomstromgenerator dieser Station wurde mit dem hochgiftigen Spaltstoff Plutonium-238 betrieben. Und diesen Generator haben die CIA-Agenten im Himalaya verloren!

Wie jetzt von indischen Experten erklärt wurde, kann das Plutonium nur gefunden werden, wenn die Strahlung entdeckt wird. Das wäre aber erst möglich, wenn die isolierende Umhüllung zerbreche oder verfalle. Dann jedoch wäre das hochgiftige Plutonium schon freigesetzt. Weil in dem Gebiet, wo der CIA-Generator verlorenging, die Nebenflüsse des Ganges entspringen, ist damit zu rechnen, daß dieser Strom vergiftet wird und damit eine große Gefahr für die Menschen in Nordindien entsteht.

El Salvador
Anhaltende Kämpfe der Bauern

In der letzten Woche besetzten Bauern in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Landes mehrere ausländische Botschaften. Damit wollten sie ihre Forderung nach Freilassung ihrer Kollegen unterstreichen, die in den letzten Wochen eingekerkert wurden. Immer wieder war es in diesen Wochen zu gewaltsamen Zusammenstößen der Bauern mit den Polizei- und Armeetruppen des reaktionären Regimes gekommen.

Die Bauern protestierten gegen die Erhöhung der Steuern und forderten mehr Land. An verschiedenen machtvollen Demonstrationen in El Salvador beteiligten sich auch Arbeiter und Studenten. Die Truppen des reaktionären Regimes gingen mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vor.

Am 15. März feuerten sie auf eine Kundgebung in der Stadt Tenancingo und ermordeten 15 Werktätige. Zwei Tage später eröffneten sie das Feuer auf eine Demonstration in der Hauptstadt. Mehrere Menschen wurden getötet oder verwundet. Aber der faschistische Terror konnte den Kampf der Werktätigen nicht brechen. Sie setzten sich mutig gegen die Truppen zur Wehr und zündeten in mehreren Fällen Polizeifahrzeuge an.

Panama
Demonstration gegen den Kanalvertrag

Der Vertrag über den Panama-Kanal, der im letzten Jahr zwischen Washington und der Regierung Panamas geschlossen wurde, stößt auf den entschiedenen Widerstand der Werktätigen des Landes, weil er den amerikanischen Imperialisten über Jahrzehnte das Besitzrecht über den Kanal einräumt. In der letzten Woche kam es wieder zu einer Massendemonstration gegen den Vertrag in der panamesischen Hauptstadt. Dabei verbrannten die Demonstranten eine Puppe, die den US-Präsidenten Carter darstellte.

Nicaragua
Kämpfe gegen Somoza-Diktatur wieder aufgeflammt

Das Regime des faschistischen Diktators Somoza hat in der vergangenen Woche die Nationalgarde gegen einen „Hungermarsch" von mehreren hundert Landarbeitern eingesetzt. Dabei wurden eine Frau getötet und 15 Arbeiter verletzt. Auch eine Demonstration von Schülern und Studenten in der Stadt Diriamba wurde von der Nationalgarde überfallen. In mehreren Städten des Landes halten Studenten und Schüler die Universitäten bzw. Schulen besetzt. In verschiedenen Lehranstalten wurde zu unbefristeten Streiks aufgerufen. Diese Aktionen richten sich gegen das faschistische Regime Somozas und gegen seine amerikanischen Hintermänner.

Husak in Bonn

Prager Revisionisten betteln um Kredite

Zehn Jahre nach dem Überfall der Warschauer-Pakt-Truppen auf die Tschechoslowakei und der Errichtung einer Quislings-Regierung in Prag durch die sowjetischen Sozialimperialisten erschien das Haupt dieser Regierung, Gustav Husak, zu einem Staatsbesuch in Bonn.

Die Reise Husaks erfolgte zu dem Zweck, die allseitige Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Revisionisten mit dem westdeutschen Imperialismus zu vertiefen, besonders aber die wirtschaftliche Kooperation zu erweitern.

Dieser Wunsch der Husak-Clique stieß auf großes Interesse bei den westdeutschen Monopolen und ihrer Bonner Regierung, die, heute zwar nicht mehr so offen wie früher, aber dennoch um so bestimmter im Gewande der „Entspannung" eine Revanchepolitik gegenüber der Tschechoslowakei betreibt.

Schon bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1973 hatten die Prager Revisionisten darauf verzichtet, von Bonn die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von 1938 zu verlangen. Damals war Hitler mit dem britischen Premier Chamberlain und dem französischen Regierungschef Daladier übereingekommen, die Tschechoslowakei zur Abtretung des Sudetenlandes und anderer Gebiete an Deutschland zu zwingen. Mit diesem Abkommen wurde die Zerstückelung und spätere vollkommene Unterjochung der Tschechoslowakei durch die Hitler-Faschisten eingeleitet. Daß Bonn sich weigert, dieses Abkommen als von Anfang an ungültig zu erklären, beweist seine revanchistischen Pläne.

Jetzt spielten Scheel, Schmidt und Genscher die „Menschenrechtsfrage" hoch und mischten sich unter diesem Vorwand in die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei ein. Nun stimmt es natürlich, daß die Gefängnisse Husaks voll mit politischen Gefangenen sind. Aber es sind nicht die gefolterten revolutionären Arbeiter und Werktätigen in den Kerkern des Prager Regimes, an die die Herren in Bonn denken, wenn sie von Verletzung der Menschenrechte reden. Nein, so konterrevolutionäre Organisationen wie die „Charta 77", die eine Hinwendung zum Kapitalismus westlicher Prägung propagieren, sie allein finden die Anteilnahme Bonns.

Geradezu grotesk ist es, wie man sich im Fernsehen darüber aufregte, daß Husak auf die Frage nach politischen Gefangenen antwortete: Bei uns gibt es keine politischen Gefangenen, nur Menschen, die wegen Verstoßes gegen die Strafgesetze bestraft werden. Natürlich ist das ein unglaublicher Zynismus. Aber — im Bonner Staat geht man ganz genauso vor! Auch hier werden politische Gefangene zu Kriminellen gemacht!

Vor allen Dingen aber wirtschaftlich verstand es die Bonner Regierung, Husak unter Druck zu setzen. Aufgrund der schweren Krise der revisionistischen Wirtschaft bettelte Husak um neue Kredite. Ja, er ging noch weiter und bot eine höhere Stufe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit an. Gerade erst war bekanntgeworden, daß tschechoslowakische Staatsbetriebe eine größere „Freiheit" erhalten sollten, die kapitalistische Ausbeutung für eigene Rechnung (also nicht für den Staat) zu betreiben. Das kam den westdeutschen Monopolen sehr entgegen. In ihrem Auftrag verlangte Kanzler Schmidt „verstärkte Zusammenarbeit auf dritten Märkten, z. B. in Entwicklungsländern". D. h. Bonn will das Aushängeschild der Tschechoslowakei als eines sogenannten „sozialistischen" Staates benutzen, um in diese Länder einzudringen und zusammen mit den kapitalistischen Unternehmen der Tschechoslowakei die Völker dieser Länder auszubeuten.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat Bonn seit langem einschneidende Einfuhrbeschränkungen auf tschechoslowakische Waren gelegt, so daß Bonn zwar durch seine Exporte der bedeutendste westliche Wirtschaftspartner Prags ist, aber ein großes Handelsdefizit zuungunsten der Husak-Clique besteht. Um dieses Defizit auszugleichen, ist Husak bereit, den westdeutschen Monopolen aus der Hand zu fressen.

Auch mit einem Kulturabkommen können sich die westdeutschen Imperialisten Hoffnungen auf eine weitere, ideologische Infiltration machen. Insbesondere geht es dabei um die „Berichtigung" der Geschichtsdarstellung in Lehrbüchern, mit dem Ziel, „ein besseres gegenseitiges Verständnis zu fördern". Im Vorgefühl dieser „neuen Geschichtsschreibung" konnte sich dann Scheel auch die Frechheit erlauben, von der Zeit der „Entfremdung" (!) zwischen den beiden Ländern zu reden, wo von der Zeit der faschistischen Versklavung des tschechischen und slowakischen Volkes durch den Hitler-Faschismus die Rede hätte sein müssen.

Nun wird Husaks Oberherr Breschnew schon dafür sorgen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Alles in allem aber hat der Husak-Besuch dazu gedient, die Gier der Bonner Revanchisten weiter anzufachen.

Husak — ein Nazi-Kollaborateur

Ein „hervorragender Staatsmann und Arbeiterführer" ist nach Ansicht der DKP Gustav Husak. So steht es in einem Lebenslauf, den die UZ aus Anlaß des Besuchs von Husak in Bonn veröffentlichte. Merkwürdigerweise aber fehlen in diesem Lebenslauf ganze 18 Jahre, die Zeit von 1951 — 1968. Und für die Jahre davor sind die Angaben der DKP schlicht gefälscht.

Während die DKP behauptet, Husak habe den slowakischen Aufstand von 1944 organisiert, wissen die offiziellen Parteidokumente wie auch sein früherer Busenfreund und späterer revisionistischer Rivale Dubcek zu berichten, daß Husak 1941 an einer Rundreise des von den deutschen Faschisten eingesetzten Innenministers Sano Mach durch die besetzte Ukraine teilgenommen habe. Weil Mach Angaben über diese Reise veröffentlichte, sah sich Husak gezwungen, sich zu rechtfertigen: Diese Rundreise habe Mach veranstaltet um „unverbesserliche Bolschewistenfreunde von ihrem Irrglauben zu befreien", wie es im Jargon der Nazis hieß. Und er, Husak, habe teilnehmen müssen, wenn er nicht ins KZ hätte geschickt werden wollen. Das ist die jämmerliche Entschuldigung, wie sie alle Kollaborateure für ihr Überlaufen in den Dienst der Faschisten vorgebracht haben.

Als sich einige Jahre später mit den Siegen der Stalinschen Roten Armee das Blatt zuungunsten der deutschen Faschisten wendete, trat Husak mit der provokativen Forderung hervor, die Slowakei sollte der Sowjetunion angegliedert werden.

1952, als die berüchtigte Slansky-Gruppe, ein titoistischer Agententrupp des US-Imperialismus, in Prag vor Gericht geschleppt und verurteilt wurde, wurde auch Husak entlarvt und angeklagt. 1954 verurteilten ihn die Gerichte des tschechoslowakischen Volkes als slowakischen bürgerlichen Seperatisten, der die Einheit des Nationalstaats und die Freundschaft mit der Sowjetunion Stalins sprengen wollte, zu Gefängnis.

1968 holte ihn der Revisionist Dubcek wieder heraus und beteiligte ihn an der Führung des sogenannten „Prager Frühlings". Husak machte zuerst mit, dann lief er zu den stärkeren Bataillonen über und verriet seinen Komplizen Dubcek. Seitdem ist er Staatspräsident von Breschnews Gnaden. Gustav Husak ist ein völlig haltloses, opportunistisches Element, ein Quisling im Dienste des jeweils Stärkeren, eine Schande für sein Volk!

Libanon

Neue Kämpfe in Beirut

Beirut, die Hauptstadt des Libanon, stand in der letzten Woche im Zeichen blutiger Kämpfe. Bewaffnete Banden der Faschisten hatten sie begonnen, als sie Wohnviertel der Werktätigen in Beirut überfielen.

Die Absicht dieser Terrorakte liegt auf der Hand: Während im Süden des Landes die israelische Besetzung andauert, während es dort täglich zu Gefechten zwischen den Besatzern und den libanesischen und palästinensischen Patrioten kommt, soll hier in der Hauptstadt eine zweite Front geschaffen werden.

Die israelischen Zionisten haben schon seit langem kein Hehl mehr daraus gemacht, daß sie die faschistischen Banden im Libanon mit Waffen und Geld unterstützen. Unmittelbar vor ihrem Überfall haben sie größere Einheiten dieser Banden sogar in Israel militärisch ausgebildet.

Im besetzten Süden arbeiten die libanesischen Faschisten eng mit den Besatzertruppen zusammen. Im Norden versuchen sie jetzt offenbar auf breiter Ebene bewaffnete Auseinandersetzungen zu provozieren, um die Verteidigungskräfte der Patrioten gegen die Besatzer zu schwächen. Es ist auch kein Wunder, daß während der Kämpfe in Beirut der reaktionäre libanesische Politiker Schamun mit der Erklärung hervorgetreten ist, das „Libanon-Problem kann nur auf internationaler Ebene gelöst werden".

Das ist eine direkte Aufforderung an die imperialistischen Mächte, vor allem an die US-Imperialisten, noch weiter in den Konflikt einzugreifen. In das gleiche Horn stößt auch der ägyptische Präsident Sadat, der in der letzten Woche erklärte, den USA komme bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Region eine „Schlüsselrolle" zu. So versucht die arabische Reaktion, Washington als „Vermittler" ins Spiel zu bringen.

Tatsächlich jedoch sind die amerikanischen Imperialisten alles andere als neutrale Makler. Sie selbst haben den zionistischen Gangsterstaat bis an die Zähne bewaffnet und ihm grünes Licht für seinen Überfall auf den Libanon gegeben. Jetzt versuchen sie, gestützt auf die libanesischen Reaktionäre, mit Militärexperten und Waffenlieferungen weiter in den Libanon einzudringen.

Und auch die andere Supermacht will da nicht abseits stehen. Im Auftrag des Kreml entfaltete in den letzten Wochen der rumänische Revisionistenchef Ceausescu eine hektische Reisetätigkeit. Nacheinander traf er sich mit Dayan, Sadat und Carter. Dabei machte er Reklame für sogenannte allseitige Verhandlungen — natürlich unter der Beteiligung Moskaus — die angeblich die Probleme des Nahen Ostens lösen würden.

Aber die durch die zionistischen Aggressionen gegen die arabischen Völker entstandenen Probleme lassen sich nicht durch Verhandlungen, nicht durch das Eingreifen der Supermächte lösen. Für die arabischen Völker gibt es nur einen Weg: den bewaffneten Kampf zur Zerschlagung des zionistischen Gangsterstaates und zur Vertreibung seiner imperialistischen Hintermänner.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Wahlfarce auf den Philippinen

Die Antwort des Volkes ist der bewaffnete Kampf

Zum ersten Mal seit 1972, seit der Einführung des Kriegsrechts, wurden in diesem Monat auf den Philippinen Wahlen durchgeführt. Freie und demokratische Wahlen — so wurde in der Hauptstadt Manila gesagt. Die Idee dazu — daraus machte man keinen Hehl — hatte niemand anderes als Jimmy Carter gehabt. Dieser scheinheilige Menschenrechtsapostel bemüht sich gegenwärtig darum, den blutigen faschistischen Diktaturen im Herrschaftsbereich des US-Imperialismus ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen.

Aber wie sahen diese „demokratischen" Wahlen aus?

Die Oppositionspartei durfte ihre Kandidaten nur in der Hauptstadt aufstellen, und ihr Führer saß während des Wahlkampfs im Gefängnis — zum Tode verurteilt. Ist es da ein Wunder, daß sich der Diktator Marcos noch bevor die Stimmen überhaupt ausgezählt waren, zum Wahlsieger erklärte? Gleichzeitig mit dieser Erklärung verkündete er die militärische Alarmbereitschaft in der Hauptstadt. **Als sich anderntags eine Demonstration gegen den Wahlschwindel formierte, ließ das faschistische Regime 600 Werktätige verhaften und wegen Aufruhr vor ein Militärgericht stellen.** So sieht es also mit der angeblichen Demokratisierung auf den Philippinen wirklich aus.

Noch immer ist das Land, einst eine amerikanische Kolonie, im Würgegriff des amerikanischen Imperialismus. Nahezu die Hälfte der Unternehmen des Landes ist im Besitz der US-Monopole. Und in einigen Gebieten üben die amerikanischen Imperialisten nach wie vor eine direkte Kolonialherrschaft aus. Das sind die riesigen Militärstützpunkte, die sich Washington auf dem Territorium der Philippinen gesichert hat.



Bewaffnete Patrioten auf den Philippinen.

Sechs Jahre Kriegsrecht — für die Werktätigen hat das bedeutet: eine Verdoppelung der Lebenshaltungskosten während dieser Zeit, ein Sinken der Reallöhne um 20%. **Für umgerechnet sechs Mark muß heute im Industriegebiet von Manila ein Arbeiter einen ganzen Tag lang schuften. Auf dem Land sind die Löhne noch niedriger, werden immer mehr kleine Bauern von den Grundherren ins Elend getrieben. 70% der Bevölkerung der Philippinen können den Minimalkalorienbedarf nicht decken, sie leben faktisch an der Grenze zum Verhungern.**

Um die Kämpfe der Werktätigen gegen diese brutale Ausbeutung und Verelendung zu unterdrücken, hat das Marcos-Regime mit der Verhängung des Kriegsrechts die offene faschistische Diktatur errichtet. Alle den Werktätigen verbliebenen demokratischen Rechte wie etwa das Streikrecht wurden für null und nichtig erklärt. Einen gnadenlosen Terror entfesselten die Faschisten gegen das Volk. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Dörfer der Bauern überfallen, ihre Häuser in Brand gesteckt, die Bewohner verschleppt und ermordet werden.

Aber trotz alledem ist es den Faschisten nicht gelungen, die Kämpfe der Volksmassen zu ersticken. Neben der Bilanz der Verschärfung der Ausbeutung und des faschistischen Terrors in den Jahren des Kriegsrechts gibt es auch noch eine andere Bilanz: Zehntausende Soldaten der Diktatur haben in diesen Jahren den Tod gefunden. Sie wurden getötet in einem Krieg, den Marcos und seine Clique verschweigen und vertuschen wollen. Es ist der bewaffnete Volkskrieg gegen das faschistische Regime, der heute schon den größten Teil des Gebiets der Philippinen erfaßt hat.

Volkskrieg im ganzen Land

So wurde jetzt bekannt, daß Ende des letzten Monats bei einem einzigen Gefecht auf den südlichen Philippinen 29 Angehörige der Marcos-Truppen, darunter ein hoher Offizier, von bewaffneten Einheiten der Patrioten getötet wurden.

Immer breiter wird die Front der bewaffneten Kämpfer, immer enger ihre Verbindung mit den Volksmassen. Davon zeugen die großen Schlachten, die vor kurzem auf der Insel Jolo stattfanden. 7.000 Elitesoldaten hatte die faschistische Diktatur gegen die Stützpunkte der Patrioten ins Feld geschickt. Ihr Angriff wurde vorbereitet durch ein barbarisches Bombardement der Dörfer der Insel durch die Luftwaffe des Regimes. Bei solchen Gelegenheiten — so berichten die Patrioten — sind es oft amerikanische Piloten, die gegen die Ortschaften im Kampfgebiet Napalm-Einsätze fliegen. Aber wenn die Faschisten und ihre amerikanischen Experten geglaubt hatten, ihre Bombenteppiche hätten den Bodentruppen freies Feld geschaffen, so hatten sie sich getäuscht. Die bewaffneten Kräfte der Patrioten stellten sich diesen Banden entgegen und zwangen sie in harten Gefechten zur Flucht.

Marcos prahlt jetzt mit neuen amerikanischen Waffenlieferungen. 100 Millionen Dollar Militärhilfe hat der Prediger Carter seinem faschistischen Lakaien zugesagt. Aber was werden ihm diese Waffen nützen? Was hat es dem Regime genützt, seit der Verkündung des Kriegsrechts den Militärhaushalt um 650% zu steigern? Den bewaffneten Widerstand des Volkes konnte es nicht ausrotten. Heute hat dieser Kampf längst von den ländlichen Gebieten auf die Städte übergegriffen. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, daß trotz des faschistischen Terrors sich am letzten 1. Mai 20.000 Arbeiter und andere Werktätige zu einer machtvollen Maidemonstration in Manila zusammenschlossen. Vor einigen Wochen wurde in Zamboanga, einer anderen philippinischen Großstadt, ein Militärzentrum angegriffen und schwer beschädigt. Acht feindliche Soldaten wurden dabei getötet. Auch durch noch umfangreichere Waffenlieferungen aus Washington wird Marcos nicht dem Schicksal der Thieu und Lon Nol entgehen können, die von den Völkern Indochinas hinweggefegt wurden.

Revisionisten unterstützen das faschistische Regime

Daran wird auch die Tatsache nichts ändern, daß die faschistische Clique aus Manila unter den Reaktionären neue Freunde gefunden hat. Da sind zum Beispiel die russischen Sozialimperialisten, die gegenwärtig über ein dickes Geschäft mit Marcos verhandeln. Sie wollen ihm ein Atomkraftwerk liefern und dafür die philippinischen Uranreserven ausbeuten. Erst im letzten Dezember weilte der Statthalter Moskaus in Ostberlin, Honecker, am Hof des Diktators Marcos und stellte dort „elementare Gemeinsamkeiten mit der DDR" fest. Dem kann man allerdings nur zustimmen. Die Breschnew und Honecker versuchen, ihre offene Zusammenarbeit mit dem faschistischen Regime dadurch zu tarnen, daß sie dieser Blutdiktatur „progressive Tendenzen" andichten, ihren angeblichen Kampf für „Unabhängigkeit und Souveränität" hochjubeln.

In genau die gleiche Kerbe hauen auch die chinesischen Revisionisten. Der Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsiän-niän (Marcos nannte ihn einen „Freund unserer Familie") letzten Monat in Manila warf wieder ein bezeichnendes Licht auf die intimen Beziehungen zwischen Peking und Manila. Auch Li freute sich von ganzem Herzen über die „Errungenschaft der Regierung". Er ließ allerdings dabei offen, ob er damit den Napalm-Terror gegen die Bauern, die Tausende von politischen Gefangenen in den Kerkern oder die Lohnraubfeldzüge gegen die Arbeiter meinte.

Diese Lobhudeleien der Revisionisten für das faschistische Regime sind gleichzeitig eine Aufforderung zur Kapitulation an das kämpfende Volk. Genau diesen Weg ist ja die sogenannte Kommunistische Partei der Philippinen schon vor Jahren gegangen. Diese Bande von Verrätern plappert heute die Lobgesänge Moskaus für den faschistischen Diktator nach, sie hat sich an die Seite und in den Dienst des Regimes gestellt und ist dazu übergegangen, wie es ihr Generalsekretär Ende letzten Jahres offen bekannte, „gewisse Reformen der Regierung zu unterstützen". Aber diesen Weg werden die wahren Kommunisten, die wirklichen Revolutionäre und die Volksmassen niemals gehen, auch wenn sich heute Peking mit der faschistischen Diktatur verbündet hat und sie als Kraft im Kampf gegen die Supermächte anpreist. Die Interessen dieser Diktatur und ihrer imperialistischen Hintermänner und diejenigen des Volkes sind unvereinbar. Die wirkliche Unabhängigkeit des Landes, die Befreiung vom faschistischen Joch, kann nur erreicht werden durch den bewaffneten Volkskrieg zum Sturz des Marcos-Regimes und zur Vertreibung der amerikanischen und der anderen Imperialisten vom Boden der Philippinen.

Japan
Streiks und Massendemonstrationen

Mit einer ersten Streikwelle bei den Eisenbahnen wurde in Japan die sogenannte Frühlingsoffensive eingeleitet, bei der es alljährlich um den Kampf für höhere Löhne geht. In zahlreichen Bahnhöfen des Landes blieben die Schalter und Bahnsteigsperren unbesetzt. Um ihrem Protest gegen Preiserhöhungen, Massenentlassungen und die Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung zum Ausdruck zu bringen, hatten in der letzten Zeit die japanischen Werktätigen machtvolle Demonstrationen durchgeführt.

Allein in Tokio waren es etwa 150.000 Werktätige der Hauptstadt und aus anderen Orten, die für ihre Forderungen auf die Straße gingen. Sie trugen Transparente mit sich, auf denen mit verschiedenen Losungen die Regierung angeprangert wurde. Wie die anderen Länder der kapitalistischen und revisionistischen Welt, so steckt auch Japan im Griff der Krise. Und die Monopolherren unternehmen alles, um die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen.

Massenentlassungen sind an der Tagesordnung. Allein im Februar wurden 100.000 Werktätige auf die Straße geworfen, bei einem Arbeitslosenheer, das schon zum Jahresbeginn die Millionengrenze überschritten hatte. Selbst die offiziellen Erklärungen geben zu, daß in den letzten Monaten der Reallohn der Arbeiter stark gesunken ist, in einigen Fällen bis zu über 50 Prozent. Unter diesen Bedingungen muß die Arbeiterklasse den Angriffen der Bourgeoisie machtvoll und entschlossen entgegentreten. Die japanischen Gewerkschaftsbonzen jedoch versuchen alles, um solche Kämpfe zu bremsen und zu sabotieren. So begrenzten sie jetzt die Lohnforderungen mit dem Hinweis auf die schwache japanische Wirtschaft.

„Volksstern", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Japans (Linke) hat in einer seiner letzten Ausgaben die Notwendigkeit hervorgehoben, diese Politik der Klassenzusammenarbeit zu bekämpfen. In der Zeitung heißt es: „Die Arbeiteraristokratie stellt sich den dringenden Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen, gegen Massenentlassungen und gegen die kapitalistische Rationalisierung entgegen. Durch ihre Politik unterstützt sie das Monopolkapital und seine Regierung.

In der Tat billigen die Gewerkschaftsbosse die kapitalistische Rationalisierung im großen Maß und erlauben es den Monopolen, brutale Angriffe gegen die Arbeiterklasse zu starten. Die Gewerkschaftsbosse verschleiern die wahre Natur der wirtschaftlichen Aggression und des Eindringens des japanischen Monopolkapitals in andere Länder und unterstützen die aggressive Politik dieser Monopole."

Indien
Militäreinsatz gegen Volkskämpfe

Von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den werktätigen Massen und den Unterdrückungsorganen des reaktionären Regimes waren die letzten Wochen in Indien gekennzeichnet.

Madhya Pradesh: Starke Polizeitruppen gingen in dieser südindischen Stadt gegen 2.000 streikende Bauarbeiter vor. Als sie versuchten, Streikführer zu verhaften, kam es zu schweren Kämpfen. Brutal feuerten die Truppen auf die Streikenden und ermordeten neun von ihnen. Um so erbitterter setzten sich die Arbeiter zur Wehr. Mit Knüppeln erschlugen sie einen Polizisten.

Haiderabad: In der mittelindischen Stadt tobten über eine Woche lang blutige Kämpfe zwischen den Einwohnern und der Polizei. Sie waren ausgebrochen, als bekannt wurde, daß Polizisten eine Frau vergewaltigt und ihren Mann totgeschlagen hatten. Bei den schweren Kämpfen wurden mindestens neun Menschen ermordet und viele andere verletzt. Das Regime in Neu Delhi verhängte eine Ausgangssperre über die Stadt und sandte Militär zur Unterstützung der Polizeitruppen.

Tamil Nadu: In diesem südindischen Bundesstaat kam es in der letzten Zeit erneut zu Kämpfen zwischen Bauern und Militäreinheiten, als die Truppen des Regimes mehrere Bauernführer verhafteten. Die Bauern von Tamil Nadu fordern höhere Erzeugerpreise, billigere Stromtarife für Bewässerungspumpen und verlängerte Rückzahlungsfristen für Kredite. Um diese für sie lebensnotwendigen Forderungen durchzusetzen, hatten die Bauern tagelang wichtige Überlandstraßen mit Ochsenkarren blockiert, Busse angezündet und eine Kreditanstalt angegriffen. Die Truppen eröffneten das Feuer auf die Bauern. Mindestens fünf von ihnen starben im Kugelhagel dieser Mordbanden.

Pantanagar: 16 Werktätige wurden ermordet, als die Polizei am letzten Donnerstag in eine Demonstration von streikenden Universitätsangestellten feuerte.

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß das reaktionäre Regime in Neu Delhi mit blutiger faschistischer Gewalt die Interessen der indischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer verteidigt.

1. Mai Demonstrationen der RGO

Bielefeld: 10 Uhr, Siegfriedplatz.

Bremen: 10 Uhr, Brombergstraße/Halmer Weg.

Dortmund (Rahm): 10 Uhr, Albert-Schweitzer-Weg/Ehrlichstraße. Abschlußkundgebung 11.30 Uhr, gleicher Ort.

Duisburg (Walsum): 11 Uhr, Gördelerstraße. Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, Jupiterstraße.

Frankfurt: 10 Uhr, Willmann-Schule, Ecke Willmannstraße/Jakobsbrunnen. Abschlußkundgebung: Biersteinerstraße/Lauterbacherstraße.

Hamburg (Dulsberg): 10 Uhr, bei der U-Bahn-Haltestelle Alter Teichweg.

Hannover (Richlingen): 10 Uhr, Friedrich-Ebert-Platz.

Kiel (Gaarden): 10.30 Uhr, Vinetaplatz.

Köln (Höhenberg): 10.30 Uhr, Bennoplatz.

Mannheim: 11 Uhr, Herzogenriedpark.

München: 10 Uhr, Sendlinger Tor.

Nürnberg: Kundgebung 11.30 Uhr vor der Lorenzkirche.

Stuttgart (Hallschlag): 10.30 Uhr, Dessauerstraße.

Westberlin: 10 Uhr, U-Bahnhof „Gesundbrunnen". Abschlußkundgebung 12 Uhr, Utrechter Straße/Malplaquetstraße.

1. Mai Veranstaltungen der KPD/ML

Bielefeld (Gütersloh): 1. 5., 16 Uhr, Gaststätte „Bettenwort", Avenwedder Straße 88.

Bremen: 30. 4., Tanz in den Mai, Gaststätte „Korbhaus", Korbhauser Weg 78, Beginn 19.30 Uhr, 1. 5., Landheim Tulpe, Hemmstraße, Beginn 16 Uhr.

Dortmund (Dorstfeld): 30. 4., 19 Uhr, „Haus Unland", Wittener Straße.

Duisburg (Wehofen):, 1. 5., 15 Uhr, Casino, Schachtstraße.

Frankfurt (Höchst): 21. 4., 17 Uhr, Gaststätte Rosenau, Königsteiner Straße, **Ffm**-Fechenheim: 29. 4., 17 Uhr, Rathaus Fechenheim.

Hamburg (Barmbek): 29. 4., 19.30 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt", Jarrestraße 27.

Kiel: 30. 4., Gaststätte „Waidmannsruh", Kronshagener Weg, mit Tanz in den Mai.

Mannheim: 1. 5., 16 Uhr, „Höpfner-Stuben", S. 4, 17, Saal 1.

München: 1. 5., 16 Uhr, Gaststätte „Zum Tannengarten", Pfeufferstraße/Spitzweg, Nähe Harras, mit Tanz.

Nürnberg: 1. 5., 15 Uhr, Gasthof „Schlachthof", Schlachthofstraße.

Stuttgart (Stammheim): 1. 5., 15 Uhr, Turn- und Versammlungshalle, Solitudestraße.

St. Georgen: Kulturveranstaltung zum 1. Mai, 25. 4., 20 Uhr, Gasthaus Stube.

Westberlin: 30. 4., Gaststätte „Forsthaus Tegel", Schwarzer Weg, Tanz in den Mai.

Offenbacher Ausländeramt

1000 DM für eine Aufenthaltserlaubnis

Wer am Montag, dem 3. 4. 1978, in die Offenbacher Ausländerabteilung wollte, stand vor verschlossenen Türen. Grund: Der Leiter und alle elf Mitarbeiter dieser Abteilung der Polizeibehörde Offenbach waren tags zuvor vom Dienst suspendiert worden — wegen des „Verdachts der Korruption"!

Jahrelang hatten diese sauberen Herren ihre Geschäfte mit der Not der Ausländer gemacht. Nur durch einen Zufall kam die Angelegenheit ans Tageslicht. Ein Mitarbeiter des Ausländeramtes, dem fristlos gekündigt worden war, hatte vor dem Arbeitsgericht ausgepackt. Daraufhin sahen sich die Behörden, die vorher beide Augen fest geschlossen hatten, endlich gezwungen, zu ermitteln. Was dabei herauskam, ist haarsträubend.

Bekannt wurde, daß sogenannte „ausländische Vermittler" existierten, die für ihre Landsleute die Behördengänge erledigten. 1.000 bis 1.500 DM mußte man dabei für die Aufenthaltserlaubnis auf den Tisch blättern.

Überhaupt galt beim Offenbacher Ausländeramt: Haste was, biste was; haste nichts, biste nichts. Mit dem nötigen Kleingeld, so berichten empörte Offenbacher Ausländer, war es z. B. kein Problem, über ganz bestimmte Mittelsmänner an die Genehmigung zur Führung eines Betriebes zu kommen. Während „arme Schweine" wegen eines Verkehrsdelikts ausgewiesen wurden, konnten allgemein als Kriminelle bekannte Ausländer weiter ihren dunklen Geschäften nachgehen usw.

Die Mitarbeiter des Ausländeramtes lebten nicht schlecht dabei. Einer von ihnen hat es immerhin zu einem Porsche gebracht, den er in einer Reparaturwerkstatt, für deren Führung das Ausländeramt eine Genehmigung erteilt hatte, kostenlos warten und reparieren ließ. Andere Mitarbeiter des Ausländeramtes fanden sich hin und wieder in ausländischen Restaurants ein, wo sie sich kostenlos bewirten ließen. Und auch für „kleine Erfrischungen" im Amt war gesorgt. Eine Flasche Schnaps oder ähnliches, von bittstellenden Ausländern an Mitarbeiter im Ausländeramt überreicht, gehörte sozusagen zum freundlichen Umgangston in Offenbach.

Wie bereits gesagt: Nur durch einen Zufall kam dieser Sumpf von Korruption ans Tageslicht. Nun versuchen die Offenbacher Stadtväter und die zuständigen Behörden, sich als „Saubermänner" herauszuputzen, die mit dem eisernen Besen diesen Misthaufen auskehren. Aber die Offenbacher Werktätigen wissen, daß es nicht der Sinn für Gerechtigkeit ist, der diese Herren plötzlich zu so entschlossenem Handeln treibt. Es ist die Angst. Denn 16% der Offenbacher Bevölkerung sind Ausländer, und die Empörung unter ihnen ist groß. Und außerdem: Die Ausländerabteilung ist keineswegs ein einsames schwarzes Schaf unter den städtischen Ämtern. Auch in der Flüchtlings- und Ausgleichsbehörde ermittelt die Staatsanwaltschaft. Warum? Dreimal dürfen Sie raten!

Bürgerkriegsübung auf Pluto



Die Soldaten des Iserlohner Jägerbataillons 271 sollten „unter realistischen Bedingungen" eingesetzt werden, wie Bataillonschef Meyer der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber erklärte. Und wo sah er diese „realistischen Bedingungen" für gegeben? Auf der stillgelegten Zeche „Pluto" in Herne!

Die Gefechtslage sah dann am 6. 4. 1978 so aus: In der alten Wäsche hatte sich der „Feind" (erkennbar an roten Schultertüchern!!!) verschanzt. Die Aufgabe der Soldaten: Mit Maschinengewehren, Maschinenpistolen und Granaten im Überraschungsangriff, die alte Wäsche zu stürmen.

Nur eine makabere Übung? Selbst die bürgerliche Presse sieht es anders. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", die über diese Bürgerkriegsübung der Bundeswehr berichtete, überschrieb ihren Artikel: „Iserlohner Jäger proben auf ‚Pluto' Ernstfall". Sie vermerkte übrigens auch, daß die Harpener Bergbau AG, die Besitzerin des Zechengeländes, durch ihr „unbürokratisches Verhalten" entscheidend zum Gelingen dieser kurzfristig angesetzten Übung beitrug...

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.